

Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse (1945-1973)

Proletarische Vereinigung Österreichs (1950-1973)

Arbeiterstandpunkt (1972-1976)

Der folgende Text wurde vom Autor Eric Wegner freundlicher Weise für diese Publikation zur Verfügung gestellt und von Manfred Scharinger adaptiert. Ursprünglich wurde der Text in der von Eric Wegner und Manfred Scharinger verfassten Marxismus-Ausgabe 33, *Österreichischer Trotzkismus*, Band 1 und Band 2, publiziert.

Der Kampfbund 1945 bis 1947

Bald nach dem Ausschluss von Leopold Kascha brach in der IKÖ der nächste fraktionelle Konflikt aus – diesmal mit Genoss/inn/en des ehemaligen (*Rest-*) *Kampfbundes*, mit dem sich der KLB 1946 zur IKÖ vereinigt hatte. Schon bald nach der Vereinigung drückte Josef Frey – in diesem Fall als Franz Dowien – in einer Stellungnahme zur Einigung seine Unzufriedenheit damit aus. Er beklagte erstens, dass der KLB und mit ihm die Führung der IKÖ die Verantwortung für die Spaltung zwischen dem *Kampfbund* und der *Internationalen Linksopposition* von 1929/1934 rückblickend dem *Kampfbund* (und damit Frey) zuschrieb. Frey beharrte darauf, dass er im Recht gewesen und dass der Fehler auf Seiten der Internationalen Linksopposition gelegen sei. Die IKÖ-Führung versuche lediglich, „*sich nach Oben beliebt zu machen*“. Es handle sich dabei um „*unehrliche, unehrenhafte Manöver*“, die bewiesen, dass sich die Führer der IKÖ „*vom Geist, von der Tradition des alten Kampfes, der alten Organisation abgekehrt haben*“.

Frey begrüßte, dass seine Schulungsunterlagen in der IKÖ verwendet würden, kritisierte aber, dass er nicht als Verfasser genannt werde, was „*unkorrekt, unstatthaft*“ sei. Er beschwerte sich außerdem darüber, dass die IKÖ Artikel aus seiner Feder nicht namentlich zeichnen wolle. Hier ist anzumerken, dass im *Spartakist* die Artikel generell ohne namentliche Zeichnung erschienen (wohl unter anderem aus Gründen der Konspiration) und dass Frey hier für sich eine Sonderregelung einforderte. Darüberhinaus vermutete er, dass „*Bayer, Horvath, Sykora*“, also Modlik, Babnik und Holba,¹ „*die Fusion unter dem Namen der alten Organisation*“ (das heißt *Kampfbund*) deshalb ablehnten, weil sie sich von Geist und Tradition des alten Kampfes losgelöst

¹ Franz Holba, schon vor 1934 Mitglied der KPÖ (O), Schuharbeiter und Betriebsrat bei Bally, Aktivist im Schuharbeiterstreik von 1948; wurde 1948 oder 1949 aus der IKÖ ausgeschlossen, weil er mit der Frau seines Freundes und Genossen Klement (i-Name) ein Verhältnis hatte. Vor allem Babnik argumentierte, dass das von einer Illoyalität zeuge, die für eine illegale Organisation ein Sicherheitsrisiko dargestellt habe. Drexler hielt das zwar für übertrieben, blieb mit seiner Ansicht in der Leitung jedoch isoliert. Die internationale Führung betrachtete diesen Ausschluss, von dem sie nachträglich erfuhr, als Fehler – man war in Paris der Ansicht, dass da in Frankreich die halbe Organisation ausgeschlossen werden müsse. Holba dürfte nach seinem Ausschluss einige kleinere Meinungsverschiedenheiten, die er mit Genoss/inn/en der IKÖ gehabt hatte, theoretisiert haben; er schloss sich dem neugebildeten Kampfbund an und war bis 1973 – dann mit dem i-Namen Rudolf – dessen geistiger Führer.

hätten. So sei „die Einigung vorzeitig gekommen. Sie ist gekommen als bewusste Einigung gegen den Geist und die Tradition des alten Kampfes, der alten Organisation. In diesem Sinn ist es eine Einigung bewusst gegen und ohne den Hauptrepräsentanten dieses alten Kampfes, dieser alten Organisation.² Daran mag die nachträgliche Einladung, sich der bewusst gegen ihn, ohne ihn vollzogenen Fusion anzuschließen, nichts ändern. Es ist eine Fusion, eine Einigung ohne ihn.“³

Schließlich beharrte Frey natürlich auch auf seiner Position der KKT, die im Falle eines neuen imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in kapitalistischen Ländern, die mit ihr verbündet sind (er brachte als Beispiel Rumänien), zur Anwendung kommen müsse. Er führte die Frage der KKT inhaltlich aber kaum aus.

Zu diesem Zeitpunkt zog er aber noch nicht den Schluss, dass die Vereinigung rückgängig gemacht werden müsse. Er formulierte überhaupt keine Konsequenzen aus seinen Vorwürfen, sondern schien abzuwarten, wie weit es gelang, Anhänger/innen um sich zu scharen. Jedenfalls waren die Stellungnahme und auch andere Dokumente doch sehr deutlich von Freys persönlichen Eitelkeiten, seinem Ehrbegriff und seinem gekränkten Stolz geprägt. Dass gerade Frey, der doch stark „proletarisch-kollektive“ Eigenschaften propagierte, solche „kleinbürgerlich-individualistische“ Haltungen an den Tag legte, mutet eher eigenartig an. Ein gewisser Generationenkonflikt zwischen der selbstbewusster gewordenen neuen IKÖ-Führung (Modlik, Babnik, Drexler, Ferdinand Dworak⁴ und Co.) und dem alten Führer, dem nicht die erwartete Achtung beziehungsweise Bewunderung entgegengebracht wurde, scheint benfalls evident zu sein.

„Der Josef“ wurde von den Genossen, die vom Rest-Kampfbund zur IKÖ gekommen waren, aber weiter als die zentrale Autorität betrachtet. Durch die Intervention Freys hatte das Festhalten an der KKT und vorhandene Zweifel an der Einigung sicherlich neue Nahrung bekommen. Die erste Konferenz der IKÖ stellte fest, dass die Vereinigung nur zum Teil vollzogen, zum Teil noch im Gange sei. Die Bereinigung der Frage der KKT sei erst die Voraussetzung für eine stabile und feste Einigung. Die Leitung müsse die Lösung der Frage „mit Geduld und Ausdauer“ verfolgen. Die entsprechende Resolution war damals einstimmig – also mit den Stimmen der Delegierten des ehemaligen Rest-Kampfbundes – angenommen worden.

Seit der ersten Konferenz war aber bezüglich der Lösung der Frage nichts geschehen. Die Differenz schwebte in der Organisation, wurde aber wie ein heißes Eisen nicht angerührt. Die Minderheit schien am Beginn einer klärenden Diskussion nicht interessiert gewesen zu sein. Sie

² das heißt ohne Frey selbst

³ sämtliche Zitate aus einer Stellungnahme Freys vom 21. Oktober 1946, mit „Zur Einigung“ getitelt.

⁴ Ferdinand Dworak, (1906-1969), Metallarbeiter und Arbeiterturner, kam 1934 gemeinsam mit Drexler und einer Gruppe anderer Schutzbündler aus Erdberg zum Kampfbund; Leitungsmitglied unter Freys Führung; i-Name: Fink; während des Krieges als „jüdisch versippt“ nicht zur Wehrmacht eingezogen, monatliche Meldung bei der Gestapo. Seine erste, aus Ungarn stammende Frau, die Genossin Franziska (i-Name: Margit), wurde in Auschwitz als Jüdin vergast. Dworak stand 1938 gemeinsam mit Frey gegen die Minderheit um Modlik, ging dann aber 1941 mit der Mehrheit des Kampfbundes zu den PI über. Er war nach dem Krieg jahrzehntelang Betriebsratsobmann in dem Wiener Metallbetrieb *Hübner & Mayer*, in dem er bereits während des Krieges gearbeitet hatte. Er agierte dort als engagierter – und entsprechend beliebter – Vertreter der Interessen der Belegschaft, trat jedoch nicht offen als Trotskist auf. In den Auseinandersetzungen innerhalb des österreichischen Trotskismus nach 1945 stand er immer auf der Seite Modliks. Bald nach dem Krieg hatte Dworak erneut geheiratet, seine deutlich jüngere Arbeitskollegin Gertrude, die durch ihn ins Umfeld der IKÖ kam, aber stets eine gewisse Skepsis gegenüber dem trotskistischen Engagement behielt. Im April 1969 stürzte Ferdinand Dworak beim Aufstieg auf die Schneeralpe im vereisten Karlgraben ab und zog sich dabei tödliche Verletzungen zu. Nach seinem Tod wurden in einem von ihm – für den Fall einer erneuten heftigen Konfrontation zwischen Arbeiter/innen/klasse und Reaktion – angelegten Versteck etliche Gewehre und ein Maschinengewehr gefunden, die schließlich von Drexler in einer Nacht von der Reichsbrücke in Donau „entsorgt“ wurden.

fühlte sich politisch zu schwach, um die Auseinandersetzung ohne die Unterstützung von Frey bestehen zu können. Während die Leitung im Herbst 1947 „*Geduld und Ausdauer*“ erschöpft sah, wollte die Minderheit die Klärung der Frage bis zur erwarteten Rückkehr Freys aus der Schweiz aufschieben. Diese Rückkehr sollte freilich – was damals jedoch niemand wissen konnte – niemals eintreten. Frey starb 1957 in der Schweiz. Dass er in der Besatzungszeit nicht zurückkehren konnte, erklärt Drexler damit, dass Frey zwischen Oktober 1923 und August 1925 in Berlin in der Abteilung militärischer Nachrichtendienst der Roten Armee, also in der sowjetischen Spionage tätig war, was angesichts seiner zusätzlichen Bekanntheit als Trotzlist mit großer Wahrscheinlichkeit die Verschleppung durch die sowjetische Besatzungsmacht bedeutet hätte.

Nach dem Bruch mit der Steiner-Gruppe scheint die Leitung jedenfalls entschlossen gewesen zu sein, die lähmenden internen Konflikte vom Tisch zu bekommen, um sich als Organisation wieder stärker anderen Dingen zuwenden zu können. Auch die Frage der zweiten Minderheit sollte gelöst werden – entweder dadurch, dass die Minderheit zu einer Abkehr von ihrer Position gebracht wurde, oder durch einen Bruch mit ihr. Die Minderheit wurde aufgefordert, einer umgehenden Diskussion der Frage der KKT zuzustimmen, was diese jedoch ablehnte. Darauf fasste die Leitung Anfang November 1947 folgenden Beschluss:

„Das Polbüro hat jetzt mit der Diskussion der noch offenen Frage der ‘Kombinierten Kriegstaktik’ begonnen, der überwiegende Teil der Genossen der Minderheit lehnt aber nicht nur jede Teilnahme an dieser Diskussion, sonder auch eine Präzisierung ihres Standpunktes in der Kriegsfrage ab. Eine solche Haltung steht sowohl im Widerspruch zu den im Einigungsprotokoll eingegangenen Verpflichtungen, als auch zu der oben zitierten Resolution.⁵ Die Leitung erachtet es als unmöglich, dass eine Gruppe innerhalb der Organisation eine bestimmte politische Frage als ihr Privateigentum betrachtet, an dem man nicht rühren darf. Die kameradschaftliche Auseinandersetzung über alle Fragen des Kampfes gehört zum täglichen Brot und zur selbstverständlichen Praxis einer revolutionären Organisation. Die Leitung wird deshalb die Diskussion über die oben genannte Frage mit jenen Genossen der Minderheit, die zur loyalen und kameradschaftlichen Austragung der Differenz bereit sind, fortsetzen, sie stellt jedoch gleichzeitig fest, dass jene Genossen, die sich nicht an der Diskussion beteiligen, gegen die bei der Einigung eingegangenen und auf der Konferenz von den Deligierten bekräftigten Verpflichtungen verstossen und dadurch für sich die Vereinigung mit unserer Organisation hinfällig machen.“⁶

Das kam einem Ausschluss gleich. Die deutliche Mehrheit der Genoss/inn/en (etwa zehn), die vom Rest-Kampfbund zur IKÖ gekommen waren, verließen die IKÖ wieder und bildeten eine Organisation, die sich erneut *Kampfbund* nannte. Einige ehemalige (Rest-) Kampfbündler/innen blieben jedoch in der IKÖ, sodass die Frey-Anhänger/innen, die in der IKÖ durchgängig als eine Art Fraktion existiert hatten, die einjährige IKÖ-Episode mit einem personellen Minus verließen. Die Ausgeschlossenen/Ausgetretenen warfen der IKÖ vor, sich – anstatt die wichtigen Fragen der österreichischen Arbeiter/innen/schaft zu diskutieren – auf die nicht aktuelle Frage der KKT zu konzentrieren, was Kraftvergeudung sei. Andererseits meinten sie, die Leitung wolle dem politischen Problem durch organisatorische Maßnahmen aus dem Weg gehen. Sie bezeichneten die IKÖ-Führung als „*bewusste Parteiliquidatoren*“, die bereits 1938 mit ultralinken Positionen und „*unter Anwendung der skrupellosesten Mittel*“ an der Zerstörung des *Kampfbundes* gearbeitet hätten. Sie wehrten sich außerdem gegen den Vorwurf des „*Sozialpatriotismus*“. In einer bald darauf verfassten *Resolution über die Reaktivierung des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* fand dann – mit der Handschrift Freys – ein Positionswechsel statt. Darin heißt es unter anderem:

⁵ gemeint ist die entsprechende Resolution von der 1. IKÖ-Konferenz

⁶ Interne Mitteilungen der IKÖ (Streng vertraulich! Nur für A-Zellen!) Nr.10, 13. Dezember 1947, Anlage 3; Die Rechtschreibfehler stammen aus dem Original.

„Schließlich wurden die Genossen 1946 durch List eines internationalen Vertreters – unter der Vorspiegelung, die Zustimmung des im Ausland befindlichen führenden Genossen sei sicher – in die Einigung mit den Liquidatoren hineingelockt. Versuche, durch Entgegenkommen ein die Kontinuität der revolutionären Organisation seit 1923 währendes Kompromiss zustande zu bringen, scheiterten an den Liquidatoren, die gerade durch diese ihr Verhalten wieder und wieder unterstrichen, dass es ihnen um die völlig bewusste Liquidation des Kampfbundes gegangen war und weiter ging. Um diese Liquidation zu verhindern, gerade darum schloss sich der im Ausland befindliche führende Genosse der erlisteten ‚Einigung‘ nicht an. Und auch die alten Genossen, die 1923 zusammen mit ihm den Kampf aufgenommen und ihn so lange Jahre aufopfernd aktiv mitgeführt hatten, schlossen sich dieser ‚Einigung‘ nicht an; so bekundeten sie tatsächlich, dass sie die Liquidation des Kampfbundes ablehnten.⁷ Die Genossen, die 1946 durch List in jene ‚Einigung‘ hineingelockt wurden, haben inzwischen ihren damaligen Fehler klar erkannt. Sie kehrten zurück in die Reihen derer, die 1923 den Kampf aufgenommen. Sie nehmen mit ihnen den Kampf auf, um den zerrütteten Kampfbund zu reaktivieren.“

War kurz zuvor noch kritisiert worden, dass man aus der IKÖ gedrängt wurde, wurde jetzt die Vereinigung als Fehler betrachtet. Überdies wurde es so dargestellt, als wäre Frey von Anfang an gegen die Einigung gewesen. Aus seinen diesbezüglichen Stellungnahmen geht das jedenfalls nicht hervor. Er schien vielmehr eher zugewartet zu haben. Auch kann zwischen Sommer 1946 und Herbst 1947 sicher nicht von einer organisatorischen Kontinuität des Kampfbundes außerhalb der IKÖ gesprochen werden.

Dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes bereit waren, mit Frey in die nationale und internationale Isolation zu gehen (dessen Beschwerlichkeit ihnen vermutlich mehr oder weniger bewusst war), ist sicher nur aus der überragenden Autorität von Josef Frey, die mit seiner Rolle als Führer des Wiener Soldatenrates und später der KPÖ zusammenhängt, zu erklären. Frey muss – das geht aus allen Schilderungen eindrucksvoll hervor – eine überwältigende Fähigkeit gehabt haben, auch komplizierte politische Zusammenhänge Arbeiter/inne/n verständlich zu erklären.

Die IKÖ hatte also in der zweiten Jahreshälfte 1947 die beiden Minderheitsströmungen, die 1945/1946 zum KLB gestossen waren, wieder verloren. Sowohl die „ultralinken“ OG-/Steiner-Leute als auch der (zumindest was die Kriegsfrage betrifft) „rechte“ Kampfbund-Rest, in diesem Sinn die beiden Flügel der IKÖ, standen wieder außerhalb der Organisation. Die IKÖ entwickelte als Konsequenz eine Kritik an der sogenannten „*Vereinigungspraxis des IS*“. Man zog damit die Lehren aus den gescheiterten Fusionen, die auf Drängen der internationalen Führung ohne vorherige politische Klärung zustande gekommen waren. Wie wir sehen werden, gab es für diesen Desintegrationsprozess aber noch tiefliegendere Ursachen – Ursachen, die internationale Zusammenhänge haben.

⁷ Mit den *alten Genossen* sind einige frühe Kampfbund-Mitglieder (vor allem aus Floridsdorf) gemeint. Sie dürften an der Vereinigung zur IKÖ aber überwiegend aus politischer Passivität und weniger wegen politischer Differenzen nicht teilgenommen haben. Auch im späteren Kampfbund scheinen sie meist nur dann auf, wenn in Protokollen ihr Fehlen festgestellt wird.

Die Entwicklung des Kampfbundes von 1947 bis 1975

Konsolidierung Ende der 1940er Jahre

Als der *Kampfbund für die Befreiung der Arbeiterklasse* 1947 nach der Trennung von der IKÖ von den Frey-Anhänger/innen neu gebildet (in der Kampfbund-Sprachregelung: *reorganisiert*) wurde, verfügte er lediglich über zehn bis zwölf Mitglieder. Die Jahre bis 1952/1953 waren in der Folge von einer langsamen Konsolidierung und auch von einem kontinuierlichen personellen Aufschwung geprägt. Hatte man sich bis 1949 auf 15 Mitglieder plus drei Kandidat/innen verstärkt, organisierte die Gruppe 1952 23 Mitglieder plus sieben Kandidat/innen.⁸ Die soziale Zusammensetzung war der der IKÖ recht ähnlich: Der Kampfbund bestand überwiegend aus Arbeiter/innen. Dazu kamen einige ehemalige Arbeiter/innen, die nun bei der Gemeinde Wien beschäftigt waren. Die meisten Genoss/innen waren zwischen 35 und 40 Jahre alt, jüngere gab es nur wenige. Etwa 20 Prozent der Kampfbund-Mitglieder waren Frauen.⁹

Unmittelbar nach der Neuformierung des Kampfbundes spielte Anton Turansky eine wesentliche Rolle für den Zusammenhalt und die Motivation der Gruppe. Zusätzlich stieg der erst 1945 von Stadler rekrutierte Wilhelm Schlesak¹⁰ rasch zu einem führenden Kader auf. Insgesamt war die Gruppe aber von dem im Schweizer Exil befindlichen Frey politisch weitgehend abhängig. Die Situation verbesserte sich Anfang der 1950er Jahre mit dem Gewinn von Franz Holba,¹¹ der zu einer Art politischer Führer im Inland wurde, deutlich. Die politische Dominanz Freys blieb aber weiter bestehen.

Die Außenarbeit des Kampfbundes bestand vor allem in der so genannten *Außenpropaganda* (AP), das heißt in der individuellen Rekrutierung neuer Mitglieder im betrieblichen Umfeld oder in sozialdemokratischen Sportvereinen, bei denen viele Kampfbündler/innen Mitglied waren. Für diese AP wurden – vermutlich teilweise von Frey – zahlreiche Anleitungen verfasst, in denen herausgearbeitet wurde, dass eine Minderheit der Arbeiter/innen mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften unzufrieden sei, und in denen angegeben wurde, wie gegenüber diesen Arbeiter/innen vorzugehen sei: Beobachten in Betrieb und Sportvereinen, Entdecken der „besonders unzufriedenen Arbeiterelemente“, Suchen des Gesprächs über aktuelle Fragen (beispielsweise über Artikel in der *Arbeiter-Zeitung*) und so weiter. Bei jedem Punkt wird detailliert angegeben, wie man sich bei welchem Gesprächsverlauf zu verhalten habe – immer in Hinblick auf die Illegalität, in der sich die Gruppe befand. Spezielle Anleitungen gab es außerdem zur Herangehensweise an Betriebsratswahlen und zu bestimmten Agitationskampagnen,

⁸ Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider, der Mitte der 1950er Jahre zum Kampfbund stieß.

⁹ Darunter befand sich auch die Genossin Friedl Schlesak (i-Name: Ringer), Jahrgang 1912, gelernte Kindergärtnerin, die ab 1945 beim Kampfbund war – siehe Interview in dieser Nummer von *Marxismus*.

¹⁰ Wilhelm Schlesak (1908-1977), Arbeitersportler (vor allem Handball) und Schutzbündler; in den frühen 1930er Jahren an vielen Schlägereien mit den Nazis in Wien 15 beteiligt; vor dem Krieg bei der Müllabfuhr; Einzug zur Wehrmacht; in gemeinsamer Kriegsgefangenschaft von Stadler für den Kampfbund rekrutiert; nach 1945 Magistratsbeamter und führendes Mitglied des Kampfbundes; i-Name: Springer.

¹¹ Holba (alias Sykora alias Sik alias Rudolf) wurde vermutlich im Frühsommer 1948 – jedenfalls nach dem Schuharbeiter/innenstreik – wegen den bereits erwähnten persönlichen Gründen aus der IKÖ ausgeschlossen. Freys Haltung zu der Angelegenheit geht aus einem Brief vom 14.7.1948 hervor: „Gewiss, das Verhalten Siks in jener persönlichen Frage war unkorrekt. Man muss das rügen. Aber der Ausschluss einzig und allein aus diesem Grund, das war eine – vom Standpunkt des Interesses der Partei, der Klasse – viel zu strenge Strafe. (...) Entscheidend ist, ob er politisch so eingestellt ist, dass er für die Sache und damit für uns eine brauchbare Kraft darstellt.“ Holba dürfte sich schließlich 1951 (aber nicht vor März) dem Kampfbund angeschlossen haben.

die im wesentlichen so abliefen, dass die Genoss/inn/en Kolleg/inn/en oder Bekannten ein – angeblich gefundenes oder bekommenes – Flugblatt zeigten und mit ihnen darüber eine Debatte suchten.¹²

Bei den Nationalratswahlen von 1949 heißt es im Wahlaufdruck des Kampfbundes:¹³

„Arbeiter, Angestellte, niedere Beamte, arme Bauern, Kleinbürger! (...) Wir sind noch zu klein, um uns um Mandate zu bewerben. Wem sollt Ihr Eure Stimme geben? In keinem Fall einer bürgerlichen Partei. (...) Wir empfehlen Euch, nach Eurem Ermessen entweder für die sozialistische Partei oder für die kommunistische Partei (...) zu stimmen. Aber ihr sollt wissen, wem Ihr da Eure Stimme gebt.“

Es folgte eine Abrechnung mit den prokapitalistischen Sozialdemokrat/inn/en und der „Stalinpartei“. In einem späteren Zusatz wurde dann auch noch die Wahltaktik der IKÖ, die ja für die SPÖ aufrief, kritisiert: Die IKÖ-Taktik verschlechtere die Aussichten beim Arbeiter/innen/anhänger der KPÖ und stütze die Illusionen der SPÖ-Arbeiter/innen, weshalb sie „unzweckmäßig, kurzsichtig, unrichtig, der konkreten, eigenartigen Lage nicht angemessen, schädlich, (...) linkszentristisch, *opportunistisch*“¹⁴ sei.

Ab Dezember 1949 begann der Kampfbund schließlich mit der Herausgabe der Monatszeitung *Arbeiterblatt*. Nachdem die ersten beiden Nummern mit *Organ des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse* untertitelt waren, begann man im Februar 1950 erneut mit einer Nummer 1 – diesmal zeichnete eine *Proletarische Vereinigung Österreichs*.¹⁵ Diese PV wurde als eine Art Tarnorganisation benutzt. Zu einer wirklichen Vorfeldstruktur entwickelte sie sich niemals, sie bestand de facto nur aus Kampfbündler/inne/n. Das *Arbeiterblatt* umfasste in der Regel vier bis zehn Seiten, wurde in einer relativ kleinen Auflage hergestellt, fast ausschließlich unter den Mitgliedern, Kandidat/inn/en, Sympathisant/inn/en und Propagandafällen vertrieben, teilweise auch weitergereicht – manchmal auch kritischen Arbeiter/inne/n zugespielt, die allerdings darauf kaum reagieren konnten, da sie ja nicht wussten, durch wen sie diese Zeitung überhaupt bekommen hatten.

Dominiert wurde das *Arbeiterblatt* durch Artikel über die Lohn-Preis-Entwicklung, über die Teuerung, über Vollbeschäftigung. Kritisiert wurde durchgehend, dass die Politik des kapitalistischen Wiederaufbaus der ÖVP-SPÖ-Koalition zu einer überdimensionalen Steigerung der Profite gegenüber den Löhnen führte. Die Beiträge hatten durchgehend dasselbe Strickmuster: Die Kritik an der Verteilung wird der Koalition angelastet – und in der Folge der Verrat der Sozialdemokratie gegeißelt. Dazu kamen einzelne Artikel, die sich mit Begriffen wie *Freiheit* oder *unser Staat* beschäftigten und anhand dessen die prokapitalistisch-patriotische Haltung von SPÖ und KPÖ entlarvten, einzelne Artikel, die sich mit dem „Internationalismus“ von Sozialdemokrat/inn/en und Stalinist/inn/en kritisch auseinandersetzten, und einzelne Artikel, die zur Weltlage Stellung nahmen und dabei vor allem die konterrevolutionäre Politik der Stalinbürokratie kritisierten.

¹² Anleitungen (vermutlich von Frey) gab es außerdem zu internen Fragen: zum Beispiel darüber, wie Leitungssitzungen zu gestalten seien, wie Schulungen (die so genannte *Innenpropaganda*) abzuhalten seien und so weiter.

¹³ 2. *Wahlaufdruck des Kampfbundes zur Befreiung der Arbeiterklasse*, 5.9.1949, FD (= Josef Frey); Bereits zuvor erschien ein *Manifest des „Kampfbundes“* (...) *anlässlich der Nationalratswahlen Oktober 1949*, das vermutlich nicht von Frey stammt und das ihm möglicherweise Anlass für eine eigene Fassung war.

¹⁴ *Anhang Zur Wahltaktik der IKÖ*, 9.9.1949, FD; Bei den Bundespräsidentenwahlen 1951 hingegen kam der Kampfbund angesichts dessen, dass die SPÖ „in Wahrheit eine Profithilfspartei“ sei, zu folgendem Schluss: „Um das (den notwendigen Aufbau einer Partei der proletarischen Demokratie) scharf zu unterstreichen, werden wir uns bei der Bundespräsidentenwahl der Stimme enthalten, indem wir leere Stimmzettel einlegen.“ (in: *Arbeiterblatt* Nr.15a, April 1951)

¹⁵ Die letzte Nummer des Arbeiterblattes (die Nummer 231) erschien im Mai 1973.

Betriebsarbeit wurde von den Kampfbund-Genoss/inn/en im Wesentlichen individuell betrieben. Es gab zwar Anleitungen und einen gegenseitigen Erfahrungsaustausch, aber keine systematische Arbeit als Organisation – wobei, ähnlich wie für die IKÖ, ein offenes Auftreten ja durch die Konspirativität so und so unmöglich war. Während des Schuharbeiter/innen/streiks war die Gruppe noch sehr schwach und hatte keinerlei Intervention. Während des Oktoberstreiks 1950 beteiligten sich die Mitglieder je nach betrieblicher Situation, wirklich engagiert; hervorgerufen hatte sich dabei der Straßenbahner Stani, der Kampfbund-Mitglied war. Er wurde in der Folge von seinen Vorgesetzten gemaßregelt und durch jahrzehntelange Degradierung zu minderqualifizierten Hilfsarbeiten gebrochen, was schließlich zu tiefer persönlicher Verbitterung führte.

In der Kampfbund-Gruppe insgesamt herrschte wohl eher eine skeptische Haltung zum Oktoberstreik vor, vermutlich wurde aber auch die Bedeutung – als größte offene Klassenauseinandersetzung der Zweiten Republik – unterschätzt. Das führte dazu, dass man sich weitgehend auf Kommentare im Arbeiterblatt beschränkte:

„Die Arbeitenden haben schon mit den letzten drei Lohnabkommen ihre Erfahrungen gemacht, sie haben diesmal abgelehnt. Eine spontane Protestbewegung hat ganz Österreich erfasst und wird die Massen nicht so leicht loslassen.

Doch die Arbeiter kämpfen gegen einen mächtigen Gegner, den zu besiegen die Voraussetzungen fehlen. Sie haben nicht nur den Klassengegner vor sich, sondern was noch schlimmer ist, den Feind im Rücken: die SP, die Gewerkschaftsführung und dazu die Stalinpartei. (...)

Die Arbeiter sind führerlos, ihre Aktionen sind aufgespalten, uneinheitlich. Soweit die KP die Führung übernimmt, sucht sie politisches Kapital daraus zu schlagen zu Gunsten des Kremls. (...)

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft und der Verrat der Gewerkschaftsbürokratie hatten zur Folge, dass in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik gegen den Willen der Gewerkschaftsführung eine Betriebsrätekonferenz zusammentrat. Die Beschlüsse der Konferenz waren richtig und gerechtfertigt. Aber es gelang der Stalinbürokratie, die Führung des gebildeten Exekutivkomitees an sich zu reißen. Damit war schon der Keim zur Wirkungslosigkeit gelegt. Das gegen die Stalinisten bei den Arbeitern bestehende Misstrauen machte es den ehrlichen, kampfgewillten Betriebsräten schwer, und zum Teil auch unmöglich, die Arbeiter zu einer einheitlichen, solidarischen Aktion zu bringen.

Die einer proletarischen Aktion unwürdigen Ausschreitungen, die sich in der Hauptsache gegen Proletarier richteten, entsprangen der kleinbürgerlichen Tendenz der Stalinbürokratie, welche gar nicht die Absicht hatte, eine Streikbewegung zu entfalten, da diese ihren grundsätzlichen russischnationalen, kleinbürgerlichen Einstellungen zuwiderläuft.

Genauso schändlich handelt die SP und Gewerkschaftsführung, die bezahlte Knüppelgarden einsetzte, um streikende Arbeiter, die mit den Stalinisten nichts zu tun haben, zur Arbeit zu zwingen, um den Profit der Kapitalisten nicht zu gefährden.

Arbeiter! Unser Kampf ist gerecht! Aber um einen Kampf zum Erfolg zu führen, bedarf es unbedingt einer proletarischdemokratischen Führung, die nicht klassenfremde Interessen vertritt.

Darum müssen wir alles daran setzen, die Böhm und Konsorten zu entfernen, und sie zu ersetzen durch freigewählte Arbeiter, die der Sache des Proletariats treu ergeben sind, und ständig von uns kontrolliert werden.“¹⁶

¹⁶ Arbeiterblatt Nr.9, Oktober 1950

Nachdem hier Übergriffe von Seiten der Streikenden mit solchen der Streikgegner/innen gleichgesetzt wurden, was wohl den Druck der überwiegend sozialdemokratischen Arbeiter/innen/schaft widerspiegelt, heißt es in einem anderen Kommentar:

„Schonungslose Anklage gegen die Kremlpartei, immer wieder Bloßlegen ihrer russisch-nationalistischen Verratspolitik, das ja! – aber den Abwehrkampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Preisoffensive, Lohnrauboffensive den darf man deshalb nicht eine Sekunde unterbinden, sondern muss ihn erst recht mit aller Kraft fördern! Gewerkschaftsbürokratie, SP tun das Gegenteil. (...) Welche Schlussfolgerungen? (...) sich in jedem Betrieb Kampfkomitees schaffen, unabhängig von der gewerkschaftlichen, ‘sozialistischen’, ‘kommunistischen’ Bürokratie.“¹⁷

Im Oktoberstreik nahm der Kampfbund eine ähnlich passive Haltung ein wie die zu diesem Zeitpunkt gespaltene IKÖ. Von den Gruppen aus trotzkistischer Tradition zeigte somit die Steiner-Gruppe mit ihrer legalen Broschüre *Weder Lohnpakt noch Volksdemokratie!* das offensivste Auftreten.

Obwohl gerade im Oktoberstreik die unterschiedlichen Herangehensweisen von Kampfbund und Steiner-Gruppe deutlich wurden und Frey 1948 sogar für den Ausschluss eines Genossen eingetreten war, weil er unter anderem „Kontakt mit Steiner“ gehalten und möglicherweise der „Gedankenwelt Steiners zu(ge)-neigt“¹⁸ hätte, unternahm Frey im März 1951 schließlich einen brieflichen Versuch, eine Vereinigung mit der Steiner-Gruppe anzubahnen: Die Losung der Steiner-Gruppe *Die Vertrauensmänner und Betriebsräte dürfen sich nicht der Fraktionsdisziplin irgendeiner Partei unterordnen!* sei zwar letztlich anarcho-syndikalistisch, wäre aber von der Steiner-Gruppe lediglich auf SPÖ und KPÖ gemünzt gewesen, weshalb es sich hier im Endeffekt nur um eine nicht durchdachte Formulierung handle. Dann kommt Frey zum Wesentlichen:

„Nach meinem Eindruck stimmen wir in den wesentlichen Fragen überein, insbesondere in der nächsten Grundaufgabe, im Kampf für den Aufbau einer proletarischen Klassenpartei. Trifft meine Annahme zu, so wäre es gegen die Interessen der Arbeiterklasse, daher nicht mehr zu verantworten, dass wir weiter getrennt marschieren. Im Gegenteil, in diesem Fall ist es unsere Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse, unsere zwei übereinstimmenden Gruppen zu vereinen.“¹⁹

Frey fügt hinzu, dass es sich um eine „ehrliche Einheit“ handeln müsse, wozu eine Übereinstimmung in den „praktischen Arbeitsmethoden“ nötig sei. Angesichts der bevorstehenden Fortsetzung des 2. imperialistischen Weltkrieges und der dabei höchstwahrscheinlichen Besetzung Wiens durch „Stalintruppen“ würden offenere Arbeitsmethoden, die raschere Fortschritte bringen könnten, der GPU die Liquidierung der Organisation erleichtern.

Die Steiner-Gruppe antwortete zwei Monate später:²⁰ Die Steiner-Gruppe hätte immer wieder versucht, „Aktionsgemeinschaften mit den anderen Gruppen anzuknüpfen“ – beispielsweise zur gemeinsamen Herausgabe einer legalen Zeitschrift, was der Kampfbund aber mit Hinweis auf mangelnde Kräfte und die Konspiration abgelehnt hätte. Zu einer tatsächlichen Übereinstimmung mit dem Kampfbund fehle noch viel, nicht nur was die Frage des Krieges und der Verteidigung der Sowjetunion, sondern vor allem was die Fragen des praktischen Kampfes betreffe. Der Kampfbund würde an seinen alten Methoden festhalten, was sich schon bei der Unterstützung der Kampfbundvertreter Hoch und Felix für den Ausschluss Steiners aus der IKÖ 1947 gezeigt hätte. Die Steiner-Gruppe gehe davon aus, dass es auch in Frühphasen der Parteibildung notwendig sei, sich an Kämpfen der Arbeiterklasse zu beteiligen und „mutig und kühn die rev. Idee besonders innerhalb der Arbeiterklasse zu vertreten“. Ein Genosse des Kampfbun-

¹⁷ *Arbeiterblatt*, Nr.10, November 1950 (Beitrag vom 30.9.1950)

¹⁸ Brief an Siegfried, 14.7.1948

¹⁹ Brief *An Genossen Steiner und seine Gruppe*, 14.3.1951, D. (d.i. Josef Frey)

²⁰ Brief *An Genossen F.D.*, 15.5.1951

des hingegen, der von Kolleg/inn/en als Vertrauensmann vorgeschlagen worden sei, hätte abgelehnt und sich bedeckt gehalten. Ein anderer wiederum, der im selben Betrieb arbeitete wie ein Genosse der Steiner-Gruppe, hätte letzteren in der Konfrontation mit der Bürokratie im Regen stehen gelassen. Die übertriebene Konspiration des Kampfbundes, der die Volksdemokratie für unvermeidlich halte, sei fatalistisch. Eine Einigung sei wünschenswert, allerdings sei dazu erst eine Bereinigung der angeführten Fragen notwendig.

In seiner erneuten Antwort betonte Frey, dass der Eroberung der Massen die Herausbildung der Avantgarde vorausgehen müsse. Da man für breitere Propaganda nicht die Kraft hätte (und sie außerdem Gefahren berge), müsse man mit der „intensiven Arbeitsmethode“, der individuellen Propaganda, vorgehen. Wenn einzelne Genoss/inn/en sich im Betrieb exponieren würden, würden sie von den Arbeitern bestenfalls als Idealisten angesehen. Das Ergebnis solcher Auftritte gehe gegen null, während gleichzeitig die Unternehmensleitung und die Bürokratie von SPÖ und Gewerkschaften dafür sorgen werde, dass die Stellung des Genossen im Betrieb und seine Arbeit erschwert werden, dass er innerbetrieblich versetzt wird oder überhaupt die Arbeit verliert. Wenn solcherart mehrmals Genossen ohne genügende Vorarbeit und leichtsinnig ins Feuer geschickt würden, würde das Vertrauen der Genoss/inn/en in die Organisation erschüttert – wodurch der Schaden den Nutzen deutlich überwiege. Die Vorbedingung für betriebliche Interventionen sei eine gefestigte Organisation, die stark genug sein müsse, um die Intervention vorzubereiten und zu unterstützen – dazu sei mindestens eine Wochenzeitung nötig. Die eigentliche Differenz mit der Steiner-Gruppe bestünde darin, dass diese meinte, „durch bloßen Mut, durch bloße Kühnheit, durch bloßen Opferwillen könnten wir das Kraftmanko ausgleichen“.²¹

Ebenso wie die betrieblichen Interventionen des Kampfbundes sehr spärlich waren, war auch das Verständnis von Arbeit gegenüber der Sozialdemokratie sehr puritanisch. Viele Genoss/inn/en waren zwar – aus sozialen und strategischen Überlegungen – individuell Mitglieder der SPÖ oder ihrer Vorfeldorganisationen (besonders von Turnvereinen), es wurde aber keine systematische politische Arbeit in der Sozialdemokratie gemacht. Entrismus wurde nie als Möglichkeit diskutiert, auch Fraktionsarbeit nicht betrieben. Die Vorgangsweise der IKÖ wurde dementsprechend kritisiert.²² Lediglich gegenüber der Hindels-Opposition versuchte man eine propagandistische Intervention. Im Juni 1951 wurde bei einem Treffen der Hindels-Opposition, bei dem auch einige Mitglieder der IKÖ und der IKÖ (O) anwesend waren, unter dem Deckmantel der PV ein *Offener Brief an die oppositionellen Genossen in der SP und SJ* verteilt.²³ Darin wurden die „ehrlichen Bemühungen“ der Hindels-Anhänger begrüßt und auch gleich einleitend festgestellt, dass man keineswegs erwartete, die Angesprochenen mit diesem Brief zu überzeugen, dass erst „allerschwerste Erfahrungen“ und „geistiges Ringen mit Euch selbst“ zur „unumgänglichen Wahrheit“ der „Unheilbarkeit“ von SPÖ und KPÖ führen würden. In der Folge wurde eine recht orthodoxe marxistisch-trotzkistische Kritik an der Koalitionspolitik der SPÖ und an den eher schwammigen und unklaren Vorstellungen der Hindels-Strömung vorgelegt. Insbesondere wurde der Ausdruck des „kommunistischen Imperialismus“ als unsinnig eingeschätzt, kritisiert, dass die Vermischung von Stalinismus und Kommunismus der Bourgeoisie in die Hände spiele, die Hindels-Losung *Weder russisch, noch amerikanisch!* unzulänglich sei, und gefordert, dass die Sowjetunion gegen den Imperialismus verteidigt werden müsse. Nach einer Differenzierung zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und der Herausarbeitung der Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei, wird in einem Nachtrag schließlich noch vor dem Titoismus gewarnt, der dem „Russonationalismus“ Stalins lediglich einen jugoslawischen Nationalismus entgegestelle.

Da der *Offene Brief* doch eher in behelrendem Stil gehalten war, da keine Möglichkeit bestand, zur PV in Verbindung zu treten (und – natürlich auch – da in der Hindels-Opposition keine

²¹ Brief an die Steiner-Gruppe (Antwort auf den Brief vom 15.5.1991), ohne Datum, F.D.

²² siehe unten

²³ *Offener Brief an die oppositionellen Genossen in der SP und SJ*, 15.Juni 1951, PV

reale Linksentwicklung stattfand), führte er für den Kampfbund zu keinen sichtbaren Resultaten. Die Mitglieder von IKÖ und IKÖ (O) in der Hindels-Gruppe dürften den *Offenen Brief* auch eher als Behinderung ihrer Bemühungen der „sanften“ Beeinflussung betrachtet haben. Der Kampfbund unternahm in der Folge jedenfalls keine ähnlich gearteten Interventionen mehr.

Niedergang und Orientierungskrise 1952 bis 1957

Ab 1952 setzte ein personeller Niedergang des Kampfbundes ein. Bis 1957 war die Mitgliedschaft wieder auf zwölf Genossen (plus 4 Kandidaten) zurückgegangen.²⁴ Dazu kamen ein Abbruch von Kontakten und eine zunehmende Orientierungskrise, was sich auch in einer partiellen organisatorischen Zerrüttung niederschlug. Als nach dem demoralisierten Ausstieg Turanskys im Oktober 1956 dann 1957 auch noch Frey starb, befand sich die verbliebene Gruppe endgültig in einer Sinnkrise.

Hintergrund dieser Entwicklung war die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung. Der seit dem Ausbruch des Kalten Krieges herrschende Antikommunismus verfestigte sich nach der Niederlage des Oktoberstreiks weiter. Ab 1953 kam dazu ein gewisser ökonomischer Aufschwung, der die prokapitalistische Ideologie der in der Arbeiter/innen/schaft dominanten Sozialdemokratie auf eine solidere materielle Grundlage stellte. Angesichts dessen wurde die Isolation, in der sich die revolutionären Gruppen schon aufgrund der Illegalität der Besetzung befanden, auch politisch weiter verstärkt. In besonderem Ausmaß galt das für eine Gruppe wie den Kampfbund, der sich auch von seinem Aufbaukonzept weitgehend von der Arbeiter/innen/bewegung abschottete und der in der internationalen revolutionären Bewegung weitgehend isoliert war.

Dabei war Frey dieses Problem durchaus bewusst. Ende April 1955 schrieb er bezüglich der Außenpropaganda folgendes an den Kampfbund: „Ich mache nicht den Vorwurf, dass keine AP-Erfolge erzielt werden, sondern dass die AP-Arbeit überhaupt nicht gemacht wird. Aus Misserfolgen würden unsere Leute lernen. Man muss sie aktivieren. Das ist das, worauf Ihr jetzt die Hauptkraft konzentrieren müsst.“²⁵ Bezüglich legaler und breiterer Arbeit hatte er Mitte September 1954 die Latte allerdings ziemlich hoch gelegt:

„Natürlich wollen wir möglichst bald öffentlich vortreten, doch dazu müssen wir stärker und viel besser organisiert sein. Ohne ein regelmäßiges Wochenblatt herausgeben, behaupten zu können, würden wir uns vor den Massen nur lächerlich machen. Dabei muss auch berücksichtigt werden die Besetzung durch die 4 Mächte.“²⁶

Gleichzeitig wurde aber bereits ab 1956 die Basis für eine spätere Konsolidierung gelegt. Die verbliebenen Genoss/inn/en, die bereit waren, die extreme Isolation auf sich zu nehmen, begannen ab 1956 mit der Herausgabe des *Kurses*, der zehnteiligen Schulungsbroschüren von Frey. Ursprünglich sollte die Schweizer Sektion in Kooperation mit Frey diese Aufgabe übernehmen, als sich Frey jedoch Mitte der 1950er Jahre mit den Schweizer Genoss/inn/en zerkrachte, waren sie nicht mehr bereit, dieses Vorhaben zu unterstützen. In der Folge fiel diese Aufgabe den Kampfbündler/inne/n selbst zu, was zwar viel Arbeit, aber auch eine politische Festigung mit sich brachte.

Im Arbeiterblatt, das weiterhin zumindest im Monatsrhythmus erschien, dominierten weiterhin Artikel, die den Verrat der SPÖ (und der KPÖ) an den Arbeiter/innen/interessen anprangerten – entweder in Form von Kommentaren zu aktuellen Fragen (Lohn- und Preisentwicklung, Produktivität, Verstaatlichte, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn) oder in Form von Beiträgen zu

²⁴ Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider.

²⁵ Brief Freys an den Kampfbund vom 23.4.1955; zitiert nach: Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

²⁶ ebd.

grundsätzlichen oder historischen Themen. Es häuften sich nun aber auch Artikel zu internationalen Fragen wie zu China,²⁷ zur Weltlage insgesamt,²⁸ zum Slansky-Prozess,²⁹ zu Berias Sturz und Stalins Tod³⁰ oder zum Suezkonflikt.³¹

Der Wahlauf Ruf des Kampfbundes zu den Nationalratswahlen von 1953³² ist insofern bemerkenswert, als dabei ein Positionswechsel gegenüber 1949 vollzogen wird. Die ÖVP, die „Partei des Kapitalismus, Klerikalismus, Monarchismus, Faschismus“, und der „faschistische VDU“ seien für Arbeiter unwählbar.³³ Und da eine „proletarischdemokratische Partei“ noch nicht existiere, kommt der Kampfbund zu folgendem Schluss:

„Die Partei der verspiesserten, verkleinbürgerlichten Arbeiterbürokratie, die sozialpharisäische, schwindelsozialistische Partei die SP ist ein sehr großes Übel! Dennoch, im Vergleich zur Partei der stalinbürokratischen Sozialgangstern, der schwindelkommunistischen Partei ist sie das kleinere Übel! Deshalb fordern wir Euch auf: Wählt die SP! (...) Vorwärts, alle an die Urnen für die sozialpharisäische, schwindelsozialistische Partei, für die SP!“

Während in diesem Wahlauf Ruf der Stalinismus als das größere Übel als die SPÖ charakterisiert wurde, kam der Kampfbund einige Monate später im Zusammenhang mit der Arbeiter/innen-revolte in der DDR zu folgenden Ergebnissen: Unter dem Titel *Augen auf, Arbeiter: Gegenrevolution am Werk!*³⁴ wurde – vermutlich von Frey selbst – der Kampfbeginn gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen als berechtigt betrachtet. Dass der Kampf angedauert hätte, obwohl das Regime die Verfügung sofort zurückgezogen hätte, wurde mit dem „berechtigten Riesenhass“ der Arbeiter „gegen die stalinbürokratischen Verbrecher“ erklärt. Die politischen Losungen der Bewegung hätten jedoch nicht im Entferntesten „in die Richtung der proletarischen Klasseninteressen“ gewiesen. „Man muss aussprechen, was ist: Die Massen kämpften unter bürgerlichen Losungen. (...) diese Erhebung wurde faktisch gerichtet gegen die SU und damit auch gegen die Arbeiter und armen Bauern Russlands.“ Den Hintermännern der Erhebung gehe es um die Vorbereitung eines Weltkrieges, durch den die Massen der Sowjetunion und der Volksdemokratien wieder „dem weltkapitalistischen Ausbeutungssystem“ unterworfen werden sollten. Das mangelnde Klassenbewusstsein hätte dazu geführt, dass sich die ostdeutschen Arbeiter für den Imperialismus und die kapitalistische Gegenrevolution missbrauchen hätten lassen. Die Arbeiter müssten „ihren Kampf zum Sturz der stalinbürokratischen Diktatur in der SU, in den ‘Volksdemokratien’ unterordnen ihrem Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen die kapitalistische Gegenrevolution.“

In dieser Position drückt sich insgesamt doch eine sehr vorsichtige und skeptische Haltung gegenüber Arbeiter/innen/protesten in stalinistischen Ländern, die notwendigerweise zu einer zeitweiligen Destabilisierung der jeweiligen gesellschaftlichen Strukturen führen müssen, aus. Während Trotzki davon ausging, dass sich der Arbeiter/innen/protest aufgrund der verheerenden Auswirkungen des Stalinismus auf das Bewusstsein vor allem gegen die Privilegien der

²⁷ Arbeiterblatt Nr.37, Juli 1952

²⁸ Arbeiterblatt Nr.43, November 1952; Arbeiterblatt Nr.46, Dezember 1952; Arbeiterblatt Nr.76, Jänner 1955

²⁹ Arbeiterblatt Nr.46, Dezember 1952

³⁰ Arbeiterblatt Nr.56, August 1953

³¹ Arbeiterblatt Nr.97, September 1956

³² Arbeiterblatt Nr.47, Jänner 1953

³³ Bemerkenswert ist, dass in der Kampfbund-Propaganda nicht nur der VDU (die Vorläuferorganisation der FPÖ) als faschistisch bezeichnet wurde, sondern – und nicht nur in diesem Artikel – auch die ÖVP als teilweise faschistisch eingeordnet wurde. Hier handelt es sich wohl um eine historische Verlängerung aus der Zeit des Austrofaschismus – eine Einschätzung jedenfalls, die sich mit einer marxistischen/trozkistischen Analyse nicht verträgt und einem inflationär-moralischen Faschismusbegriff den Boden bereitet.

³⁴ Arbeiterblatt Nr.55, Juli 1953

Bürokratie und die politische Unfreiheit richten und politisch diffus sein werde, dass es für Revolutionäre gerade darum gehe, durch eine Intervention auf die politische Stoßrichtung einzuwirken,³⁵ macht der Kampfbund seine Unterstützung doch recht ultimatistisch von einem relativ hohen Bewusstsein abhängig. Die revolutionären Chancen, die solche Arbeiter/innen/proteste in sich bergen, werden den Gefahren für den degenerierten Arbeiter/innen/staat untergeordnet. Von der Methode her lässt sich hier wohl eine Fortsetzung der *Kombinierten Kriegstaktik* festmachen – möglicherweise auch eine Freysche Überbewertung der militärischen Ebene gegenüber der politischen. Hinter der verbal sehr orthodoxen und scharfen Haltung gegenüber dem Stalinismus standen beim Kampfbund damit in der Praxis auch stalinophile Tendenzen.

Auch der Abschluss des österreichischen Staatsvertrages, der 1952 vom Kampfbund noch für „sehr unwahrscheinlich“ gehalten wurde,³⁶ wurde von Frey ausführlich kommentiert.³⁷ Auf wirtschaftlicher Ebene könne der Staatsvertrag „den Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems: den Widerspruch zwischen den wachsenden Produktivkräften und der im Verhältnis dazu immer wieder und immer mehr zurückbleibenden Massenkauftkraft“ nicht lösen. Abgesehen davon, dass Frey hier einer Unterkonsumtionstheorie anhing, zog er aus der von ihm prognostizierten bevorstehenden Verschärfung der kapitalistischen Widersprüche die Schlussfolgerung, dass sich der Imperialismus bereits für einen Weltkrieg gegen die Sowjetunion als Ausweg entschlossen hätte. Der Staatsvertrag wäre in diesem Zusammenhang eine Konzession des Kreml, um sich Entspannung zu erkaufen, wäre aber für den Imperialismus keineswegs ausreichend. Rein militärisch belaste „der Staatsvertrag die Imperialisten ein wenig mehr als den Kreml“, da die Nord-Süd-Verbindung über Tirol verloren gegangen sei. Die „bewaffnete Neutralität Österreichs“ würde jedenfalls keineswegs ausreichen, um das Staatsgebiet zu verteidigen, Österreich würde „im nahenden heißen Weltkrieg wieder besetzt werden“.³⁸

Innenpolitisch bedeute der Staatsvertrag, dass die Arbeiter „größere Bewegungsfreiheit haben als bisher“. Für die so genannte „innere Sicherheit“ müsse nun der einheimische „kapitalistische Machtapparat“ sorgen. Dieser Staat werde sich dadurch immer mehr entlarven, wodurch der Staatsvertrag „zum Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins“ beitragen werde. Angesichts der mit dem Staatsvertrag einhergehenden Belastungen, der ansteigenden Arbeitslosigkeit und „der wachsenden Ausbeutung werden die Arbeiter für ihre Interessen ernst kämpfen“, wobei sich die Gewerkschaftsbürokratie „als eine kapitalistische Kraft“ zeigen werde. Zusammengefasst kam man zu folgendem Ergebnis (das dem der IKÖ sehr ähnlich war):

„Wir begrüßen den Staatsvertrag. Er bringt den Massen Freiheit von der Besetzung, größere Bewegungsfreiheit! Doch keine Illusionen! Österreich bleibt auch nach dem Staatsvertrag ein kapitalistischdemokratischer, ein *kapitalistischer* Staat! Die österreichischen Arbeiter bleiben auch nach dem Staatsvertrag *Ausgebeutete!*“

Eine weitere Frage, zu der der Kampfbund ausgiebig Stellung bezog, war der ungarische Aufstand von 1956: „Der polnische, ungarische Nationalkommunismus will Unabhängigkeit von

³⁵ So formulierte Trotzki 1939 in Bezug auf die politische Revolution: „Vom Standpunkt der Verteidigung stellt diese Revolution wie jede andere sicherlich eine gewisse Gefahr dar. Was nun? Wenn unser Kritiker das Problem gründlich durchdacht hätte, würde er antworten, dass diese Gefahr ein unvermeidliches historisches Risiko darstellt, das man nicht umgehen kann, weil die UdSSR unter der Herrschaft der bonapartistischen Bürokratie zum Untergang verurteilt ist.“ (Leo Trotzki: *Die Unabhängigkeit der Ukraine und die sektiererischen Wirrköpfe*, in: Trotzki-Schriften 1.2)

³⁶ Die wirtschaftliche und politische Lage Österreichs, die Perspektiven und die der österreichischen Arbeiterklasse gestellten Aufgaben, internes Papier, 12.4.1952, Verfasser: vermutlich Josef Frey.

³⁷ Arbeiterblatt Nr.82, Juni 1955

³⁸ In der folgenden Nummer des Arbeiterblattes (Nr.83, Juli 1955) wurde unter dem Titel *Oesterreichische Wehrmacht – Für welche Klasse – gegen welche Klasse?* sehr eindeutig zum Klassencharakter des entstehenden neuen Heeres Stellung genommen.

der russisch-nationalkommunistischen Stalinbürokratie (...).“ Durch jahrzehntelangen reformistischen Verrat sei es der Weltbourgeoisie dabei gelungen, „Teile der Massen gegenrevolutionär zu verreißen“. „Den Ostblock erschüttern, die Westflanke der Sowjetunion aufreißen, um sich den heißen imperialistischen Weltkrieg, auf den sie losgehen, zu erleichtern – das ist das Ziel dieser imperialistischen Anstrengungen.“ „Was sich vor unseren Augen abspielt, ist ein Teil des Vorspiels zum Schlussakt des Zweiten imperialistischen Weltkriegs.“³⁹ Bei den Ereignissen in Ungarn handle es sich deshalb in erster Linie um eine internationale Frage. Die Entstehung von Arbeiterräten könne nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bourgeoisie die „Liquidierung“ des Sowjetstaates anstrebe. Der Kampf des zentralen ungarischen Arbeiterrates „geht gegen die stalinbürokratische Regierung, gegen deren Politik. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Allein dem ungarischen Arbeiterrat geht es nur, ausschließlich um diesen Kampf – und gerade diese Ausschließlichkeit macht den ungarischen Arbeiterrat zu einem Instrument der Gegenrevolution! (...) Der Arbeiterrat müsste den ungarischen Arbeitern zumindest die Augen öffnen, dass sie es heute grundlegend überall, auch in Ungarn, vor allem zu tun haben mit dem Hauptfeind der Arbeiterklasse, mit der Weltbourgeoisie (...). Der Arbeiterrat müsste den ungarischen Arbeitern die Augen öffnen für die Erkenntnis, dass der Sieg der internationalen proletarischen Revolution (...) von den Millionenmassen erkämpft werden muss (...). Einzig und allein wenn der ungarische Arbeiterrat in der heutigen Weltlage diese Politik treibe, wäre er ein Instrument der proletarischen Revolution. Ohne das wirkt er gegenrevolutionär (...).“⁴⁰

„Für den Tiefstand des Massenbewusstseins besonders bezeichnend ist die traurige Tatsache, dass sogar ehrliche proletarische Revolutionäre, verleitet von ihrem ‚revolutionärem Optimismus‘, der Arbeiterschaft einreden, in Ungarn gehe es um den ersten Akt der politischen Revolution der Arbeiterklasse (...)“, womit diese der Konterrevolution in die Hände arbeiten würden. „Indem wir den Arbeitern die volle Wahrheit über Ungarn sagen, erschweren wir den gegenrevolutionären Vormarsch, kämpfen wir für den Vormarsch der internationalen proletarischdemokratischen Revolution!“⁴¹

Insgesamt wurde in den Artikeln des Kampfbundes also weitgehend die Position zur Revolte in der DDR 1953 reproduziert. Man konzentrierte die Betrachtungsweise völlig auf die Absichten und Interessen des Imperialismus und der nationalen stalinistischen Bürokratien – und sah die ungarische Arbeiter/innen/klasse lediglich als Objekt, dem man keine eigenständige Rolle, keinen politischen Spielraum einräumte. In der Folge machte man den aufständischen ungarischen Arbeiter/innen eine korrekte programmatische Position zu Stalinismus und Imperialismus zur Vorbedingung für eine Unterstützung und verbaute sich damit jede taktische Herangehensweise. Letztlich doch eine eher sterile und sektiererische Haltung – eine Haltung, die in Zusammenhang mit der generellen politischen Positionierung des Kampfbundes nach 1947 stand, die oftmals in Abgrenzung zum IS der 4. Internationale stattfand.

³⁹ sämtliche bisherige Zitate zu Ungarn aus: Arbeiterblatt Nr.100, November 1956; Das Beharren darauf, dass es sich bei der erwarteten Konfrontation zwischen Imperialismus und der Sowjetunion nicht um einen neuen, dritten Weltkrieg handeln werde, sondern um eine Fortsetzung des zweiten, war ein „Markenzeichen“ von Frey und dem Kampfbund – siehe dazu unten.

⁴⁰ Arbeiterblatt Nr.102, Dezember 1956

⁴¹ Diese Passagen stammen aus: Arbeiterblatt Nr.101, November 1956; Mit den „ehrlichen proletarischen Revolutionären“ sind vermutlich die IKÖ-Genoss/inn/en gemeint. Die zunehmende Spezifizierung der Argumentation in den aufeinander folgenden Artikeln dürfte – ebenso wie der 14-tägige Erscheinungsrhythmus und die Art der Argumentation – ein Indiz dafür sein, dass der Kampfbund mit seiner Position politisch unter Druck stand und sich besonders gezwungen sah, sich gegenüber der IKÖ zu wappnen. Im Arbeiterblatt Nr.103 (Jänner 1957) wurde schließlich noch ein Artikel mit dem Titel *Sturz der Stalinbürokratie: von links oder von rechts?* hinzugefügt.

Verhältnis zum Internationalen Sekretariat und zur IKÖ

Sämtliche grundsätzlichen Dokumente des Kampfbundes zu internationalen Fragen und zur Positionierung innerhalb der trotzkistischen Bewegung wurden von Frey verfasst – nicht nur, weil er in der Schweiz mit der dortigen Sektion eng kooperierte und dadurch direkteren Kontakt zur internationalen Diskussion hatte, sondern auch, weil er eben die zentrale politische Persönlichkeit des Kampfbundes war. Im Juni 1948 bilanzierte Frey in einem längeren grundsätzlichen Papier den 2. Weltkongress der 4. Internationale.⁴² Da die meisten späteren Papiere Adaptierungen, Vertiefungen oder Varianten der darin formulierten Positionen sind, kann es als zentrales Dokument betrachtet werden.

Im ersten Abschnitt über die Einschätzung der Weltlage wird hervorgehoben, dass der Zweite Weltkrieg noch nicht beendet sei, dass es sich lediglich um eine Atempause handle, die imperialistischen Widersprüche aber baldigst zu neuem Krieg führen werden. Es könne keineswegs von einem dritten Weltkrieg die Rede sein, da der neue Krieg dieselbe Grundursache habe wie der Zweite Weltkrieg.

Mit einer solchen Argumentation könnte natürlich ebenso – ja in Wirklichkeit sogar: viel eher – behauptet werden, dass der Zweite Weltkrieg nur eine Fortsetzung des Ersten gewesen sei, da das erste imperialistische Gemetzel tatsächlich nicht genügend Zerstörung und Kapitalvernichtung hervorbrachte, um die Grundlage für einen neuen Zyklus der Kapitalakkumulation, einen neuen kapitalistischen Boom abzugeben. Das schaffte der Zweite Weltkrieg sehr wohl, weshalb er viel eher als Einschnitt betrachtet werden kann.

Freys Position ging letztlich von einer noch viel krasserer Fehleinschätzung der Substanz des Kapitalismus aus als die von Pablo und dem IS. Das wiederum stand bei Frey in sehr direktem Zusammenhang mit dem starren Festhalten an seiner revolutionären Nachkriegsperspektive. In einem kurzen Beitrag von 1949 fasste er seine diesbezügliche Haltung zusammen – und zitierte einleitend folgende Stelle Trotzki von 1939:

„Wenn, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, im Verlauf des jetzigen Krieges oder unmittelbar danach die Oktoberrevolution in keinem der fortgeschrittenen Länder eine Fortsetzung findet; wenn vielmehr das Proletariat überall und allenthalben zurückgeworfen wird – dann müssten wir zweifellos die Frage nach einer Überprüfung unserer Konzeption von der gegenwärtigen Epoche und der sie bewegenden Kräfte stellen. Die Frage wäre dann nicht so sehr die, welches pennälerhafte Etikett man der UdSSR oder der Stalinbande anheften sollte, als vielmehr die, wie man die internationale historische Perspektive der nächsten Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte beurteilen sollte (...).“⁴³

Während Trotzki also mit revolutionärem Optimismus auf eine revolutionäre Entwicklung orientiert ist, sich aber darüber im Klaren ist, dass es keinen Automatismus gibt – und damit auch die Grundlage für eine Neuorientierung auf eine längerfristige Perspektive legt –, zieht Frey aus Trotzki Ausführungen folgenden Schluss: „Wer erklärt: der 2. Weltkrieg ist beendet, der zieht eben dadurch unsere weltgeschichtliche Perspektive in Zweifel.“⁴⁴ Und da nicht sein kann, was nicht sein darf, sei der Zweite Weltkrieg „noch im Gange“ und gehe „vor unseren Augen“ „seiner höchsten Zuspitzung entgegen“. Hier wurden also nicht die Perspektiven der Revolutionäre von der Einschätzung der Realität abgeleitet, sondern die Realität den Perspektiven angepasst – und damit die marxistische Herangehensweise einigermaßen auf den Kopf gestellt.

⁴² G. Hirt (d.i. Josef Frey): *Eine Bilanz*, 24.6.1948

⁴³ Leo Trotzki: *Die UdSSR im Krieg*, 25.9.1939; zitiert nach: Trotzki-Schriften 1.2; Bei Freys Zitat handelte es sich um eine eigene Übersetzung aus dem Englischen, weshalb die Formulierungen nicht ganz identisch sind.

⁴⁴ W.S. (d.i. Josef Frey): „2. oder 3. Weltkrieg“? – eine entscheidende Frage, interner Beitrag, 15.9.1949

In seinem Bilanz-Dokument von 1948 argumentierte Frey außerdem, dass – anders als das IS glaube – die Sowjetunion nicht nur innerlich geschwächt, sondern „schwer geschlagen“ aus dem Krieg hervorgegangen sei. Er hielt damit auch in dieser Frage, der Schwächung des Stalinismus durch den Krieg –, stärker an der Orthodoxie fest als das IS. In der Folge stehe – so Frey – „der Kriegsüberfall der Imperialisten auf die SU (...) nicht in weiter sondern in naher Sicht!“ Diese Position des unmittelbar bevorstehenden Kriegs sollte noch jahrelang – auch nach dem Beginn des „Wirtschaftswunders“ – aufrechterhalten werden. Die generelle Argumentationslinie war die, dass die imperialistischen Widersprüche – die allerdings kaum wo auf ökonomischer Ebene analysiert wurden – unaufhaltsam auf die Alternative Weltwirtschaftskrise oder heißer Weltkrieg zusteueren und sich der Imperialismus angesichts dessen für Zweiteres entscheiden würde.⁴⁵

Weiters kritisierte Frey die Einschätzung der stalinistischen Bürokratie und der KPen durch das IS und kam schließlich auf die Frage des Entrismus zu sprechen: Dieser sei keineswegs die Hauptdifferenz zum IS, wie dieses behaupte. Er sei durchaus für die Eintrittstaktik, allerdings gegen den „Totaleintritt“, „weil mit deren ‚Taktik‘ das Prinzip der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit der Partei, deren führende Rolle preisgegeben wird“ und sie „im vollen Widerspruch zu den ausdrücklichen Beschlüssen des 4. und 2. Weltkongress der leninschen KI“ stünden. Frey und der Kampfbund hielten den Eintritt ganzer Sektionen in reformistische Parteien für prinzipienlos. Diese Position ging auf die anti-entristische Tradition des Kampfbundes in den 1930er Jahren zurück und wurde jetzt durchgängig fortgesetzt. So formulierte Frey 1953 gegenüber Pablos Konzeption:

„Die Stalinpartei ist unheilbar. (...) Wer auch nur unbewusst der Stalinpartei revolutionären Charakter zuschreibt oder auch nur die Möglichkeit zulässt ihrer Wandlung in diese Richtung (,unter dem Druck der Massen‘...) der irrt gründlich, der bedroht uns – ohne es zu wissen – mit Liquidation!“⁴⁶

Schließlich attackierte Frey im Papier *Eine Bilanz* von 1948 erneut⁴⁷ die Position der 4. Internationale zu Palästina. Da der arabische Nationalismus nicht in gleichem Ausmaß verurteilt werde wie der Zionismus, sei das IS letztlich opportunistisch gegenüber dem arabischen Nationalismus. Außerdem sei es falsch, wenn das IS die Forderung nach jüdischer Einwanderung nach Palästina als reaktionär bezeichne.

Frey kam dann zu dem Ergebnis, dass in der 4. Internationale drei verschiedene Richtungen bestünden: erstens die „linkszentristische Richtung“, die durch das IS verkörpert werde; zweitens „die Rechtszentristen“, die vor allem aus den *Internationalen Kommunisten Deutschlands* (IKD) bestünden; und drittens aus denjenigen, die das IS als „Sektierer“ bezeichnete, die wiederum einerseits aus wirklichen Ultralinken bestünden und andererseits aus der proletarisch-revolutionären Richtung der Schweizer Sektion. Letztere habe keineswegs nur Differenzen zur Eintrittstaktik, sondern grundlegende Differenzen zu einer Reihe entscheidender Fragen.⁴⁸

In den nächsten Jahren präziserte Frey (und damit in der Folge der Kampfbund) vor allem die Kritik an den Positionen des IS zu den Volksdemokratien, zum Titoismus und zum Stalinismus im Generellen. In einem Papier von November 1949 geht er auf den Bruch zwischen Stalin und Tito ein:

⁴⁵ siehe unter anderem: *Wohin führt der kalte Krieg?*, in: Schriftenreihe der PV, Folge 7, 31.12.1953

⁴⁶ Konrad Friede (d.i. Josef Frey): *Wurzeln unserer Irrtümer und Schwächen*, 25.1.1953

⁴⁷ Bereits im Jänner 1948 hatte er (unter dem Pseudonym G. Hirt) mit seinem Papier *Ein Dokument der Schande* den Thesenentwurf des IS zur jüdischen Frage angegriffen.

⁴⁸ Dieser Punkt wurde schließlich mit einem eigenen Dokument vom 27.6.1949 – *Internationale 3 einhalb oder revolutionäre Internationale?*, *Der 2. Weltkongress und die Politik der Vierten Internationale* – bekräftigt, bei dem es sich teilweise um eine Überarbeitung, teilweise um eine Erweiterung des Papiers *Eine Bilanz* handelte.

„Tito-Jugoslawien wurde geschaffen nicht durch proletarische Revolution, sondern durch nationalrevolutionären Kampf unter Führung der Titobürokratie. Tito-Jugoslawien ist daher nach wie vor ein kapitalistischer Staat (...) Tito-Jugoslawien bewegt sich nach wie vor auf der stalinistischen Linie des ‚Sozialismus in einem Land‘, des National, ‚kommunismus‘, des Nationalismus: allerdings des jugoslawischen Nationalismus – zum Unterschied vom russischen Nationalismus. (...) In allen grundlegenden Fragen bewegen sich Stalinbürokratie und Titobürokratie auf ein und derselben verräterischen Grundlinie. (...) Wir dürfen die Massen nicht verwirren, indem wir ihnen – in der besten Absicht – einreden, ‚seine (Titos) Haltung sei ein Schritt vorwärts zur leninschen Linie‘ – das behauptet das IS in seinem Appell in der jugoslawischen Frage an die Mitglieder der kommunistischen Parteien. Weder hat die Titobürokratie diese Absicht, noch hat ihr Ringen mit dem Kreml diese Wirkung. (...) Die Taktik des revolutionären Ausnutzens des Konfliktes Tito-Stalin wendet sich nicht an die Titobürokratie, sondern nur an die Arbeiter und armen Bauern Jugoslawiens, nur an die Mitgliedschaft der Stalinparteien, nur an die ihnen folgenden Massen und die Massen überhaupt.“⁴⁹

In einem Kommentar zum jugoslawischen Betriebsrätegesetz fügte er im August 1950 hinzu, dass dabei die eigentlichen Entscheidungen letztlich der Titobürokratie überlassen blieben, dass es lediglich darum ginge, die Arbeiter in das System zu integrieren, dass es in Jugoslawien keine Arbeiterdemokratie gebe und es deshalb kein Arbeiterstaat sein könne. Und abschließend wieder ein Angriff auf die Führung der 4. Internationale:

„Den heutigen Zentristen (Nr. 3½) erscheinen Titos Manöver als ‚Linksentwicklung‘. In Wahrheit arbeiten, wirken Titobürokratie, Titopartei, Titoregierung gegen die Klassenlinie des Proletariats. Die Zentristen Nr. 3½ vermeinen, dass Tito sich zu ihnen entwickle – in Wirklichkeit ‚entwickeln‘ vielmehr sie selbst sich zu tatsächlichen Helfern des jugoslawischen National, ‚kommunismus‘ des Antirevolutionärs Tito ...“⁵⁰

In einem grundlegenden Beitrag von 1952⁵¹ fasste Frey seine Einschätzung der Entwicklungen in Osteuropa zusammen: Es hätte weder in den Volksdemokratien noch in Jugoslawien oder China eine proletarische Revolution gegeben, außerdem keine proletarische Demokratie, „und eben deshalb waren sie nicht Arbeiterstaaten, konnten sie als solche nicht entarten, sind sie keine entarteten Arbeiterstaaten!“ Bei den Umwälzungen in Osteuropa habe es sich weder um eine „entartete proletarische Revolution“ gehandelt noch um eine „bürgerlichdemokratische Revolution“, sondern um eine „volksdemokratische ‚Revolution‘“. Die Volksdemokratien seien nun „entartete bürgerliche Staaten“, keineswegs „entartete Arbeiterstaaten“, wie das IS in seiner „grenzenlosen Oberflächlichkeit“ verkünde, denn wenn

„die Stalinbürokratie, ihre Partei, die Stalinpartei tatsächlich einer proletarischrevolutionären Rolle, aktionsfähig sind, dann hat die Vierte Internationale vor dem Weltproletariat keine Berechtigung zur Weiterexistenz, dann muss sie liquidiert werden, dann müssen wir zurück in die Stalinpartei. Die Liquidatoren sprechen das nicht aus, aber sie handeln danach mit ihrer ‚Taktik der Integration sui generis‘ ... (...) Mehr denn je steht heute auf der Tagesordnung die Losung: Liquidation des Opportunismus, des Zentrismus 3½! (...) Vorwärts zur proletarischrevolutionären, proletarischdemokratischen Reform der Vierten Internationale!“

⁴⁹ W.S. (d.i. Josef Frey): *Tito gegen Stalin*, 4.11.1949

⁵⁰ *Titos Betriebsrätegesetz*, 3.8.1950

⁵¹ Ernst Roth (d.i. Josef Frey): „*Volksdemokratien*“, *Jugoslawien, China*; 25.10.1952; in: Schriftenreihe der PV, Folge 10

Schließlich unterstützte Frey auch eine Resolution der Schweizer Sektion, der MAS, zum 3. Weltkongress der 4. Internationale.⁵² Darin wurde argumentiert, dass der Weltkongress Positionen angenommen hätte, „die geeignet sind, die IV. Internationale in die Stellung einer Linksoption des Stalinismus zu manövrieren“, da der Stalinbürokratie „eine fortschrittliche Mission (...) zugeschrieben“ werde. Und weiter: „Wir sind der Meinung, dass die Internationale sich hiermit auf eine schiefe Ebene begeben hat, auf der ihre eigene historische Notwendigkeit ins Rutschen gerät, und auf der alle Illusionen und Revisionen bezüglich der Rolle der Stalinbürokratie in Reichweite gelangen.“

Die Positionen Freys zu diesen Fragen sind insgesamt äußerst widersprüchlich: Einerseits tritt er gegen die politische Anpassung von Pablo und dem IS an den Stalinismus und den Titoismus im Besonderen auf. Andererseits bekam er die Ereignisse in Osteuropa in den späten 1940er Jahren theoretisch nicht in den Griff und beharrte auf der immer stärker realitätsfernen Ansicht, dass dort weiterhin kapitalistische Gesellschaftssysteme bestünden. Dabei fällt auf, dass er sich bei seinen Betrachtungen ausschließlich auf die politische Ebene konzentrierte und dass er die Frage, ob die dortigen Ökonomien nach kapitalistischen oder planwirtschaftlichen Mechanismen funktionierten, in keinster Weise beachtete. In dem Beitrag von 1952 über „*Volksdemokratien*“, *Jugoslawien, China* wird in dem Abschnitt *Ueber die Klassennatur dieser Staaten* die Unsicherheit Freys in dieser Frage sehr deutlich sichtbar. Und der Begriff der „volksdemokratischen ‚Revolution‘“ hat keinen theoretischen Erklärungswert, da er sich um eine klassenmäßige Bestimmung herumschwindelt.

Die Position, dass es sich bei den osteuropäischen Ländern auch nach den Umwälzungen um (staats-) kapitalistische gehandelt hätte, ist vermutlich keine eigenständige Entwicklung Freys oder der MAS, sondern ein Festhalten an der ursprünglichen Position Mandels, die orthodoxer erschien, da sie die Errichtung eines degenerierten Arbeiter/innen/staates ohne vorangegangene proletarische Revolution ausschloss. Frey beharrte weiter auf dieser immer realitätsferneren Einschätzung, um nur ja dem Stalinismus nicht das geringste Zugeständnis zu machen, obwohl das Einräumen der Möglichkeit von bürokratischen, letztlich reaktionären und kontraproduktiven Umwälzungen der Eigentumsverhältnisse noch in keinster Weise eine politische Anpassung an den Stalinismus zur Folge haben musste.⁵³

In der Haltung von Frey und dem Kampfbund gegenüber der IKÖ wurde weitgehend die Kritik an der internationalen Führung reproduziert. In einem *An die Mitglieder der IKOE* gerichteten Papier⁵⁴ wird die Losung des 2. Weltkongresses der 4. Internationale *Gegen Wallstreet und Kreml!* als „objektiv gegenrevolutionär“ angegriffen, da es sich beim Weltimperialismus um den Hauptfeind handle. Die „politischen Wurzeln des Verhaltens von Baier, Horvath, Moser⁵⁵ und Genossen“ in dieser Frage wäre ihre „revolutionsschädliche Kriegstaktik, (...) die sie auch heute nach 10 Jahren für richtig halten“. Diese Genossen hätten die Kriegstaktik benutzt, um den Kampfbund zu liquidieren. Deshalb die Aufforderung an die IKÖ-Mitgliedschaft:

„Fordert, dass sich die Baier, Horvat, Moser und Genossen klar, ehrlich, offen korrigieren, (...) dass sie sich offen und ehrlich dem Kampf, den die revolutionäre Opposition innerhalb der Vierten Internationale führt, (...) anschließen! Falls Eure Führung das verweigert, so wählt eine andere Führung (...).“

⁵² *Resolution der M.A.S. zum III. Weltkongress der IV. Internationale*, beschlossen auf der Vorkonferenz der MAS am 22.9.1951

⁵³ siehe: 1. die Arbeiten Trotzki zur Besetzung Ostpolens und Finnlands durch die Sowjetunion am Beginn des Zweiten Weltkrieges; 2. den Beitrag von Jovanovic, Stojanovic und Wegner *Stalinismus und marxistische Staatstheorie*, in: *Marxismus* Nr.2

⁵⁴ *An die Mitglieder der IKOE, Werte Genossen! Wir geben Euch einen Ueberblick über: Die Verteidigung der SU – im Lichte der zwischen dem Kampfbund und der IKOE bestehenden politischen Differenzen*, ohne Datum (vermutlich Ende 1948 oder Anfang 1949), Kampfbund

⁵⁵ Das sind Modlik, Babnik und Drexler.

In einem weiteren an die IKÖ gerichteten Papier von September 1949⁵⁶ fasste der Kampfbund die Differenzen zusammen:

„Die IKÖ unterstützten und unterstützen weiter die linkszentristische, revolutionsschädliche Politik des IS in allen wichtigen Fragen: insbesondere in der Frage der SU, in der Frage der Taktik des Kampfes für Übergangslösungen, in der deutschen Frage, der Palästinafrage usw. In der Frage des Totaleintritts gehen sie einem ernsthaften Kampf zur Verteidigung des revolutionären Prinzips der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit der Partei aus dem Weg; eine bedeutende Minderheit tritt sogar ein für den Totaleintritt in die SP.“

Die IKÖ hätte außerdem eine „grundverfehlte Auffassung des 2. Weltkrieges“ gehabt und wäre für eine „völlig falsche Kriegstaktik“ eingetreten. Während diese politischen Differenzen eine gute Seite des Papiers einnahmen, wurde auf nahezu fünf Seiten das „Liquidatorentum gegenüber dem Kampfbund“ – historisch weit ausholend – aufgerollt: Anstatt „die Fahne des seit 1923⁵⁷ kämpfenden Kampfbundes hochzuhalten“, „spuckten die Baier, Horvat, Moser und Co.“ „auf diese Tradition“. Man kann sich vorstellen, dass mit solch langwierigen Klagen die Mitgliedschaft der IKÖ nicht für den Kampfbund zu überzeugen war.

Überschattet war das Verhältnis zwischen Kampfbund und IKÖ freilich vom Streit um Freys Handbibliothek, die er bei seiner Flucht ins Ausland zurücklassen musste, die 1938 teilweise verkauft und teilweise vergraben wurde und von der sich ein Teil nach 1945 in Besitz von IKÖ-Mitgliedern befand. Um diese Bücher, die – abgesehen von etlichen Werken der „Klassiker“, die Drexler im Sommer 1945 aus dem Keller des zerbombten Gestapo-Hauptquartiers geholt hatte – ein wichtiger für die Trotzlist/inn/en zugänglicher Bestand an revolutionärer Literatur waren, entbrannte ein heftiger Konflikt, als Frey die Herausgabe der Bücher forderte. Die IKÖ verschleppte die Angelegenheit, der Kampfbund beschuldigte die IKÖ des Diebstahls und rief die IKÖ-Mitgliedschaft auf, „gegen die stalinistischen Gaunermethoden“ der „skrupellosen Baier, Horvat, Moser“ aufzutreten.⁵⁸ Im Februar 1950 eskalierte die Situation schließlich: Frey forderte nun auch die Herausgabe verschiedenster Einrichtungsgegenstände, die er zurückgelassen hatte, die aber während des Krieges verschiedenste Wege gegangen waren,⁵⁹ beziehungsweise eine finanzielle Abgeltung, die sich die IKÖ-Mitglieder sicherlich nicht leisten konnten. Es kam schließlich zu folgender Drohung: „Genosse FD wird daher längstens am 25. April 1950 die *Strafanzeige* wegen Verbrechens des Diebstahls beziehungsweise der Hehlerei an die zuständige Wiener Strafbehörde erstatten gegen Horvat, Lers, Ludwig, Moser und alle ihre Mitschuldigen.“⁶⁰ Diese Drohung, die angesichts dessen, dass sich beide Organisationen ja weiterhin in der Illegalität befanden, keine Kleinigkeit darstellte, wurde von Frey allerdings nicht wahr gemacht. Die Beziehungen zwischen den Gruppen wurden dadurch aber weiter belastet.

Kampfbund und Internationales Komitee

Während die Spaltung der 4. Internationale in IS und IK sich auf die IKÖ nicht auswirkte, war sie für den Kampfbund von erheblicher Bedeutung. Sie stellte schließlich die letzte Chance dar, der nationalen Isolation zu entkommen. Der Ursprung des Augenmerkes des Kampfbundes auf

⁵⁶ *Die bisherigen Hauptdifferenzen zwischen dem Kampfbund und den IKÖe*, 7.9.1949, Kampfbund

⁵⁷ Generell beansprucht Frey eine bis 1923 zurückreichende politische Tradition – im Sinne eines Eintretens für die Politik der Arbeiter/innen/einheitsfront und gegen die Bürokratisierung der KPÖ sicher mit Recht, im Sinne einer konsistenten Opposition gegen die Stalinisierung oder gar einer „trotzkistischen“ Ausrichtung allerdings mit weniger Recht (siehe Band 1 und weiter oben Band 2).

⁵⁸ *Die bisherigen Hauptdifferenzen zwischen dem Kampfbund und den IKÖe*, 7.9.1949, Kampfbund

⁵⁹ Es handelte sich dabei unter anderem um „ein eichenes, altdeutsches Speisezimmer, (...) zwei antike Biedermeierkästen, (...) 1 Schreibtisch aus Palissanderholz (...), ein dunkelblaues Alt-Meissener Porzellanservice, (...) ein Krystallglasservice, (...) Juwelen (...)“ – zitiert nach: *An die Mitglieder I. der IKÖe*, 2. der Opposition der IKÖe, Februar 1950.

⁶⁰ ebd.

das IK war die – durch die von Frey verfassten komplizierten Kooperationsabkommen teilweise schwierig gestaltete – Zusammenarbeit zwischen Frey und der Schweizer Sektion der 4. Internationale, die schon in den Jahren vor der 1953er-Spaltung stets recht orthodox positioniert war.

Als sich die Schweizer an der Bildung des IK beteiligten und damit der Politik des IS den Rücken zuwandten, sah Frey die Möglichkeit für eine internationale Neugruppierung der *prinzipienfesten* Trotzlist/inn/en gekommen. Er stand der Bildung des IK mit klarer Sympathie, aber dennoch abwartend gegenüber, was in Briefen an den Kampfbund und in internen Dokumenten klar zum Ausdruck kam. Anfang Jänner 1954 fasste er die zu unterstützenden Hauptkritikpunkte des IK am IS wie folgt zusammen:

„A) Das IK verlangt mit recht kategorisch das Einhalten der alten Grundlinie: Kampf auch zum Sturz des Stalinregimes in und außerhalb der SU von links her in solcher Weise, dass dadurch der Kampf gegen die Imperialisten nicht leidet. Die Liquidatoren dagegen halten die Stalinbürokratie mindestens objektiv für revolutionär, sind also für deren Unterstützung. B) Das IK verlangt mit Recht kategorisch die Selbstständigkeit der revol. Avantgarde. Die Liquidatoren dagegen kapitulieren in Form des Totaleintritts vor der verräterischen Arbeiterbürokratie – da vor der Stalinbürokratie – dort vor der Labor- oder Sozialbürokratie (der SP). Die Einstellung des IK in diesen zwei Grundfragen wird das IK immer mehr auf unsere Linie treiben. Die Stellung zB der Franzosen ‚Die Volksdemokratien seien deformierte Arbeiterstaaten‘ ist unhaltbar. Sie haben sich da so verrannt, dass sie nicht sofort einschwenken, aber sie werden das mit der Zeit müssen. So steht es auch mit anderen Differenzen, die noch vorhanden sind.“⁶¹

Anschließend wurden die Kampfbund-Mitglieder von Frey aufgefordert, die Stimmung und Positionierung der IKÖ herauszufinden. Frey sah für die IKÖ „zwei Möglichkeiten“:

„a) Sie gehen mit den Liquidatoren. Diese Position werden sie nicht lange behaupten. Das wird zu einer Spaltung unter ihnen führen: diejenigen, die das ablehnen und nicht nach rechts umfallen, werden Fühlung mit uns suchen.

b) Es ist möglich, ja wahrscheinlich, dass schon jetzt ein Teil von ihnen das nicht schlucken will (wahrscheinlich Horvat und Co. oder ein Teil von ihnen). So dürften jetzt schon Spaltungstendenzen unter ihnen entstehen. Diejenigen, die nicht nach rechts werden gehen wollen, werden zu uns tendieren und Fühlung mit uns suchen.

Es wäre natürlich für uns besser, wenn unter ihnen so eine Auslese vor sich ginge. Diejenigen, die zu uns tendieren, würden sich viel besser assimilieren. Die Gefahr, dass sich so etwas wiederholen könnte in unserer Mitte durch sie, wäre so viel kleiner. Wenn aber alle Zeichen der Einsicht zeigen, das wäre natürlich am besten.“⁶²

Diesbezüglich hatte sich Frey freilich verspekuliert. Der Höhepunkt der IKÖ-internen Auseinandersetzungen lag bereits einige Jahre zurück. 1954 war im Gegenteil das Jahr der Wiedervereinigung der beiden IKÖ-Teile.

Ende Januar 1954 stellte Frey fest, dass der „Bruch mit den Pro Stalinisten (...) ein großer Schritt vorwärts“ sei, aber es bestünde nicht volle Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedern des IK, die französischen Genossen beispielsweise würden die Volksdemokratien als deformierte Arbeiterstaaten betrachten: „Über diese politischen Differenzen darf man nicht schweigen. Das wäre schädlich. Die Liquidatoren kennen diese Differenzen, sie erklären jetzt schon, das IK sei nur eine negative Gemeinschaft. Das IK muss die politischen Differenzen überwinden, das wird erleichtert, wenn sie ausgesprochen werden.“ Schließlich riet Frey bezüglich der Frage der Volksdemokratien den Artikel *Stalinbürokratie und Arbeiterklasse* im Arbeiterblatt zu veröffentlichen: „Indem wir diesen Artikel veröffentlichen, vollziehen wir in politisch korrekter

⁶¹ Brief von Gabi an Pepi (d.h. von Frey an den Kampfbund), 1.1.1954

⁶² ebd.

Form den politischen Anschluss an das IK. Was den organisatorischen Anschluss betrifft, so bin ich dafür, noch eine Zeit lang zuzuwarten.“⁶³ Drei Monate später schrieb Frey unter der Überschrift „Unser Verhältnis zum IK“ folgendes:

„A) Wir unterstützen das IK, das einen guten politischen Start gemacht hat. Allerdings hat das IK über einige politische Fragen, die wir kritisiert haben, bis jetzt noch nicht gesprochen. Wir haben uns entschlossen zuzuwarten, ihnen Gelegenheit zu geben, Klarheit zu schaffen. Das war richtig, darin beste Übereinstimmung.

B) Aber sollen wir ihnen das sagen – oder sollen wir das einfach tun ohne es zu sagen. Ihnen das zu sagen, dass wir noch nicht volles pol. Vertrauen haben, das wäre ungeschickt, unklug, unzweckmäßig, es würde die Genossen kränken, würde uns erschweren, in guter Freundschaft mit ihnen zusammenzukommen, was wir wollen, und wozu Aussicht besteht, weil sie sehr wahrscheinlich sich richtig einstellen dürften.

Da steckt die Differenz zwischen uns: Ihr wolltet einen Brief schicken, der ihnen das schreibt – ich habe diesen Brief nicht weiter geleitet, sondern im Gegenteil später einen Brief geschrieben, der wiederholt, was unser Artikel ‚Stalinbürokratie u. Arbeiterklasse‘ geschrieben hat: Das IK will und wird die 4.I. gesunden’. Das ist ein gewollter politischer Vertrauensvorschuss. Aber in der Sache behalten wir nach wie vor Zurückhaltung. Erst bis wir volle pol. Klarheit haben, werden wir uns anschließen.“⁶⁴

Neben den Erwartungen in das IK kommen meines Erachtens in diesem Brief zwei Dinge zum Ausdruck: 1) Ein paternalistisches Verhältnis von Frey zum Kampfbund. Er nimmt sich immerhin heraus, einen Brief der Kampfbund-Leitung, den er nicht richtig findet, nicht weiterzuleiten und ihn – ohne Rücksprache – durch einen eigenen zu ersetzen. 2) Angesichts der Tatsache, dass er gegenüber einer internationalen Strömung von einigen tausend Mitgliedern eine isolierte Gruppe von zwei Dutzend Genoss/inn/en vertritt, eine Haltung, die irgendwo zwischen großem Selbstbewusstsein und realitätsferner Überheblichkeit angesiedelt ist.

Im Dezember 1954 sprach Frey bereits von „großen politischen Schwächen“ des IK, weshalb die Unterstützung für das IK „mit proletarischer Klassenkritik an den Mängeln“ zu verknüpfen sei.⁶⁵ Ende Mai 1955 beantwortete er dann die Frage „warum treten wir der 4.I. und dem IK nicht bei?“ wie folgt: „Als Mitglieder wären wir gezwungen, ihre Beschlüsse, Erklärungen zu veröffentlichen samt den darin enthaltenen Fehlern – wir würden das diszipliniert machen, wenn sie unsere positive Kritik an den Fehlern auch veröffentlichen würden.“⁶⁶ Da aber die amerikanische IK-Sektion, die SWP, einen grundlegenden Artikel von Frey zur Situation der 4. Internationale⁶⁷ nicht veröffentlicht habe, seien diese Bedingungen nicht gegeben gewesen.

Einen völligen Bruch mit dem IK will Frey aber weiterhin vermeiden: „Wir sind schwach – das wisst Ihr. Mit der 4. I. und dem IK brechen, hieße auch mit jenen Genossen brechen, die unserer Kritik bis zu einem gewissen Grade zugänglich sind, das hieße uns völlig isolieren, und zwar auch von jenen Genossen, die uns relativ am nächsten stehen.“⁶⁸

⁶³ Brief von Gerda *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 26.1.1954

⁶⁴ Brief von Gerda *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 29.4.1954

⁶⁵ Brief von Robert *An die L.* (d.h. von Frey an die Leitung des Kampfbundes), 9.12.1954; Die zeitweilige Orientierung auf das IK war ein Grund für den Verlust des Genossen Cato (i-Name), der eine internationale Ausdehnung ablehnte und durch Betriebsarbeit der Isolation in der Arbeiter/innen/bewegung zu entkommen trachtete. Cato war ein Betriebsrat bei Schrack, der dort die Betriebszeitung *Der Schrack-Arbeiter* herauszugeben begann und der mit der SPÖ-Abspaltung um Paul Truppe in Kärnten in Kontakt trat. Später beteiligte er sich am *Bund Demokratischer Sozialisten*.

⁶⁶ Brief von Otto *An die L.* (d.h. von Frey an die Kampfbund-Leitung), 29.5.1955

⁶⁷ Es handelte sich dabei um den bereits 1953 verfassten Artikel *Die Wurzeln unserer Irrtümer und Schwächen* – siehe oben.

⁶⁸ Brief von Otto *An die L.* vom 29.5.1955

De facto kam aber eine Integration des Kampfbundes in das IK auch in den nächsten zwei Jahren nicht zustande. Das IK bewegte sich nicht auf die Positionen des Kampfbundes, die auch im trotzkistischen Spektrum teilweise – zum Beispiel was die KKT betrifft – recht exklusiv waren, zu. Im Gegenteil endeten zunehmende Konflikte zwischen Frey und der Schweizer Sektion in einem Abbruch der Kooperation – und damit letztendlich in einem Bruch mit dem IK. Als Frey schließlich 1957 starb und damit die wesentlichste Verbindung zur internationalen trotzkistischen Bewegung abriß, geriet der Kampfbund in jene völlige Isolation, die sein Führer 1955 befürchtet hatte.

Stabilisierung in den späten 1950er und Fortschritte in den frühen 1960er Jahren

Der Tod Freys bedeutete für den Kampfbund einen schweren Schlag und eine ernstliche Gefährdung der Zukunft der Gruppe. „Nach seinem Tod wurde die politische Linie sehr mühsam und ungenügend erarbeitet. Diese Erarbeitung sah sehr lange so aus, dass die Einschätzungen und Erwartungen Melts sehr schülerhaft übernommen wurden. Diese unkritisch und überhistorisch übernommenen Standpunkte entfernten sich in vielen Fragen immer mehr von der Wirklichkeit. In der individuellen AP gab es einige Jahre fast keine ernsteren Kontakte.“⁶⁹

Nach dem Verlust der zentralen Identifikationsfigur waren nur noch diejenigen Genoss/inn/en übrig geblieben, die bereit waren, auch unter den Bedingungen des kapitalistischen Booms, eines weit verbreiteten antikommunistischen Konsens' und in weitgehender politischer Isolation weiterzumachen und die entsprechenden Entbehrungen auf sich zu nehmen. Da man trotz dem mittlerweile Ende der alliierten Besatzung weiter von einer nahenden tiefen Krise des Imperialismus ausging und deshalb weiter in der Illegalität verblieb – und da diese Linie zu diesem Zeitpunkt von niemandem in der Organisation in Frage gestellt wurde –, beraubte man sich weiterhin der Möglichkeiten des Eindringens in die legale (reale) Arbeiter/innen/bewegung. Nachdem man schon zuvor Cato und Turansky verloren hatte, waren nun Holba und Schlesak die tragenden Personen der Organisation.

Dass es überhaupt gelang, zu überleben und schließlich sogar sich zu konsolidieren, lag im wesentlichen an zwei Dingen: Erstens an der Wende nach innen: Nachdem sich Frey Mitte der 1950er Jahre mit der Schweizer Sektion zerstritten hatte, war der Kampfbund nun gezwungen, den Freyschen *Kurs* selbst herauszugeben. Diese Arbeit, die für die geschwächte Gruppe eine enorme Belastung darstellte, war gleichzeitig mit einer politischen Beschäftigung mit den darin enthaltenen Fragen verbunden. Während diese Tätigkeit so gut wie keine Wirkung nach außen zeigte, führte sie zu einer politischen Festigung der verbliebenen Genoss/inn/en und stellte damit die Grundlage für zukünftige Fortschritte im Gruppenaufbau dar.

Zweitens gelang es seit Mitte der 1950er Jahre, aus Sportvereinen und aus dem persönlichen Umfeld einige Jugendliche für den Kampfbund zu gewinnen (darunter Günter Schneider). Mit diesen Jugendlichen wurde eine Jugendzelle eingerichtet. Einige von ihnen wurden Kandidat/inn/en und traten 1958/59 dem Kampfbund bei, wodurch die Mitgliedschaft von 1957 bis 1959 von zwölf auf 17 angestiegen war.⁷⁰ 1958/59 ergab sich außerdem wieder ein Kontakt und schließlich eine Kooperation mit Cato und Turansky, was für den verdeckt agierenden und isolierten Kampfbund immerhin die Möglichkeit zu einem politischen Austausch eröffnete und ein rudimentäres Umfeld schuf – auch wenn es nicht gelang, die beiden Ex-Mitglieder wieder zu gewinnen.

Ab Anfang der 1960er Jahre konnten dann etliche jugendliche Kontakte für die Gruppe interessiert werden, was zum Aufbau eines relevanten politischen Umfeldes in diesem Bereich führte.

⁶⁹ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975; Melt = i-Name von Frey

⁷⁰ Angaben nach Aufzeichnungen von Günter Schneider.

Schließlich organisierte der Kampfbund zwei Jugendzellen, begann einige Jahre später das Projekt eines legalen „Jugendklubs“ und von 1972 bis 1974 mit der Herausgabe der (Jugend-) Zeitung *Arbeiterstandpunkt*. Während anfänglich die Mitgliedschaft konstant blieb und lediglich das Umfeld größer wurde, wirkte sich die Entwicklung 1964/65 auf die Mitgliederzahl aus, die nun auf 22 anstieg.⁷¹

Trotz der Konsolidierung und der personellen Erfolge blieb die politische Substanz der Gruppe gering. Besonders internationale Entwicklungen und die entsprechenden Diskussionen in der internationalen Arbeiter/innen/bewegung liefen an der Gruppe weitgehend vorbei. Das drückte sich auch im *Arbeiterblatt* aus: Die mehr oder weniger regelmäßigen Weltlageeinschätzungen konstatierten – wenn auch teilweise im Vergleich zu früheren Jahren in etwas abgeschwächter Form – die Widersprüche und die bevorstehende Krise des Kapitalismus, prophezeiten die entsprechenden politischen Konflikte und gaben die entsprechenden Antworten, die die Arbeiter/innen/klasse ziehen müsse. Bei nahezu allen dieser Artikel handelte es sich um reine Propagandaartikel, die aber einer tiefer gehenden Analyse des Imperialismus und einer aktuellen Einschätzung seines Spielraumes entbehrten.

Obwohl von Zeit zu Zeit auch Beiträge zu internationalen Ereignissen erschienen,⁷² die allerdings meist eher hölzerne Kommentare waren, lag der Schwerpunkt der Publikation doch sehr stark auf Österreich. Neben grundsätzlichen oder historischen Artikeln – etwa zum 70-jährigen Jubiläum der Gründung der Sozialdemokratie, zum 40-jährigen Jubiläum der Gründung des Schutzbundes, zum Februar 1934 oder zur Klassenjustiz und zu „unserer“ Gendarmerie – standen dabei Beiträge in Zentrum, die eine an sozialen Fragen – Arbeitszeitverkürzung, Krankenkassensanierung, Preisanstiege – aufgehängte Kritik an SPÖ und ÖGB beinhalteten und die meist nach einem sehr ähnlichen Strickmuster aufgebaut waren.

Ab den frühen 1960er Jahren wurden Berichte über nationale oder internationale Arbeiter/innen/kämpfe zu einer mehr oder weniger regelmäßigen Einrichtung. Etwas größere Aufmerksamkeit erzielte im Zuge dessen neben dem Bäcker/innen/streik 1960 vor allem der Metallarbeiter/innen/streik von 1962. Da an letzterem über 200.000 Beschäftigte beteiligt waren, wurde ihm vom Kampfbund besondere Bedeutung zugemessen: In einem längeren Artikel wurde auf die Ursachen des Unmutes in der Metallindustrie und des Streiks, auf die Linie der Gewerkschaftsführung, auf das Ergebnis des Streiks und auf die zukünftigen Kampfperspektiven der Arbeiter/innen/klasse eingegangen.⁷³

Ein weiteres durchgängiges Thema in diesen Jahren waren die umtriebiger werdenden rechten Tendenzen: Ende 1959 wurde kritisiert, dass die sozialdemokratisch geführte Wiener Polizei eine faschistische Kundgebung davor bewahrt hätte, von Arbeiter/inne/n auseinandergejagt zu werden. Anfang 1961 beschäftigte sich ein Beitrag mit der Diskussion um die Habsburger/innen. Im Sommer 1962 wurde der „Antifaschismus“ der SPÖ grundsätzlich behandelt – und dabei auch auf die „scheinradikalen Phrasen“ von Hindels eingegangen. 1965 setzte sich das *Arbeiterblatt* mehrmals mit den „Symptomen der gegenrevolutionären Anstrengungen der Rechtsbourgeoisie“ auseinander – mit der „Fussacher Provokation“⁷⁴ und der Ermordung Ernst Kirchwegers durch einen faschistischen Burschenschaftler.

Durchgängig – egal, ob bei Nationalrats-, Landtags-, Gemeinderats- oder Bundespräsidentenwahlen – rief der Kampfbund nun zur kritischen Wahlunterstützung der SPÖ auf. Die SPÖ

⁷¹ ebd.

⁷² zur SPD (9/1957), zum Nahostkonflikt (9/1958), zum de Gaulle-Wahlsieg (1/1958), zu den US-Wahlen (12/1958), zur kapitalistischen Offensive in Frankreich (2/1959), zur Kolonialrevolution (12/1960), zu Berlin (10/1961), zum Parteitag in Moskau (1/1962), zu Kuba (12/1962).

⁷³ *Der Metallarbeiterstreik*, in: *Arbeiterblatt* Nr. 165, Juni 1962

⁷⁴ In Vorarlberg wurde die Taufe eines Bodenseeschiffes auf den Namen „Karl Renner“ durch regionalistisch-reaktionäre Mobilisierungen, die gegen „Wien“ und die SPÖ gerichtet waren und von ÖVP und anderen konservativen Gruppen inszeniert wurden, verhindert.

wolle zwar nie und nimmer einen ernsthaften Kampf gegen die Kapitalist/inn/enklasse, aber um am Vertrauen der Mehrheit der Arbeiter/innen/klasse in die Sozialdemokratie anzuknüpfen, die SPÖ in die Verantwortung zu zwingen und sie dadurch vor der Arbeiter/innen/schaft besser entlarven zu können, sei die Wahlunterstützung dennoch notwendig.⁷⁵ Angesichts der verstärkten rechten Tendenzen Anfang der 1960er Jahre wurde so argumentiert: „Wir haben das wahre, scheinsozialistische, verräterische Wesen der SPÖ aufgezeigt. Trotzdem raten wir Euch unter den *heutigen* Bedingungen: Wählt den Präsidentschaftskandidaten der SPÖ – *nur* um das konterrevolutionäre Treiben der Rechtsbourgeoisie zu erschweren!“⁷⁶

Konflikte um die Ausrichtung und das Ende des Kampfbundes (1965-1973)

Mit den Erfolgen in der Jugendarbeit gingen aber bereits in den frühen 1960er Jahren interne Konflikte einher. Die von den Jungen angestrebte etwas breitere Jugendarbeit, im speziellen das Projekt eines legalen Jugendklubs kollidierte mit den strengeren Konspirationsvorstellungen der Älteren. Die von den Jungen getragene Zeitung *Arbeiterstandpunkt* hatte dann auch Elemente eines Gegenprojektes zum *Arbeiterblatt*. Letztendlich entstand aus der Jugendorganisation tendenziell eine Art Parallelorganisation, deren Aktivitäten von der alten Führung skeptisch beobachtet wurden. Insbesondere Holba und ein im westlichen Ausland lebender und mit dem Kampfbund in Kontakt stehender Verwandter Freys⁷⁷ standen den Eigeninitiativen der Jugend misstrauisch und ablehnend gegenüber.

Als schließlich 1965 der Vater eines durch die Jugendarbeit gewonnenen Studenten der noch immer in völliger Illegalität agierenden Gruppe mit der Denunziation an die Polizei drohte, führte das nicht nur zum Verlust des Studenten, sondern auch zu einer panischen Reaktion des Kampfbundes und in der Folge zu einer ernsten inneren Krise. Der so genannte *Fall X* war der Anlass für den Ausbruch der angestauten inneren Widersprüche im Kampfbund und bedeutete eine Erschütterung, die bis 1967 eine Desorganisation des Organisationslebens und eine Paralysierung der politischen Arbeit zur Folge hatte.

Erst die so genannte *Reorganisation 1967* leitete eine erneute Konsolidierung ein. Nachdem die Alten müde und angesichts der Situation ziemlich ratlos waren, wurde die Leitung verjüngt. Schlesak hatte sich aus der Leitung zurückgezogen, Günter Schneider übernahm Leitungsverantwortung. Gleichzeitig wurden die älteren Genoss/inn/en auch in den Zellen, wo man mit einer intensiveren Schulung begann, entlastet. Nach außen hin wurden alte, unergiebigere Kontakte abgebrochen, um sich damit nicht weiter zu belasten. Insgesamt gelang durch diese Maßnahmen eine vorläufige Konsolidierung. Die Gruppe begann ab 1968 auch wieder mit einer etwas stärkeren Außenpropaganda, die aber kaum neue Kontakte einbrachte. Schneider resümierte später:

„Im weiteren Verlauf blieb der Blick der Org viel zu sehr nach innen gerichtet, obwohl sich die Org bereits wieder gefestigt hatte. Die mangelnde Verknüpfung und Verbindung unserer Org mit der Arbeiterklasse erwies sich immer mehr als der entscheidende Hemmschuh für die bewusstseinsmäßige Weiterentwicklung. Die Erfahrung zeigte, dass diejenigen Gen, die sich aktiv in der AP betätigten, die größten bewusstseinsmäßigen Fortschritte machten. Trotz großer Anstrengungen einiger Gen in der Gewerkschafts- und TVN-Jugend (und in Wirtshäusern) gab es außer Erfahrungen keine langanhaltenden Erfolge.“⁷⁸

⁷⁵ Arbeiterblatt Nr.170, November 1962

⁷⁶ Arbeiterblatt Nr.196, Mai 1965

⁷⁷ i-Name: Bruno

⁷⁸ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975. TVN-Jugend: Jugendgruppen des sozialdemokratischen *Touristenvereins die Naturfreunde*.

Ab 1968 verschärften sich die Konflikte zwischen alten und jungen Leitungsmitgliedern, im Besonderen zwischen Holba und Schneider, weiter: „Waren die ersten Differenzen überwiegend allgemein theoretischer Natur, kamen dann immer mehr unmittelbare taktische Fragen hinzu, seit 1968 in zunehmenden Masse in der Frage der AP. Ab 1970 führten die Diskussionen immer seltener zu einer Klärung.“⁷⁹ Die alte Führung bezog frontal gegen die Student/inn/enbewegung von 1968 Stellung, von der sie meinte, dass es sie besser gar nicht gäbe und dass man mit ihr nichts zu tun haben sollte. Die jungen Mitglieder hingegen sahen in der Student/inn/enbewegung auch eine Chance, Kontakte aufzubauen und der Isolation ein Stück weit zu entkommen:

„Wir begannen in zunehmendem Masse die Veranstaltungen der WR [Wiener] ‘Linken’ zu besuchen, was bis dahin in unserer Org eher verpönt war. Die dort gemachten Erfahrungen ermöglichten es uns, die Schwächen unserer Org leichter zu erkennen, zB in der Einstellung zu verwandten Gruppen. Wir kamen dabei mit einigen festgefahrenen Ansichten unser Org in Widerspruch. In zunehmendem Masse gingen die Initiativen von den jüngeren Gen aus.“⁸⁰

Schließlich installierten die jungen Kampfbündler/innen ein Kellerlokal für Jugendliche. Während der Kampfbund zwischen 1968 und 1971 Jugendliche – darunter Karl Pawelka⁸¹ – gewann und dadurch an Kandidat/inn/en zulegte, sank die Mitgliedschaft im gleichen Zeitraum von 20 auf 15.⁸² Gleichzeitig ging der Erscheinungsrhythmus des *Arbeiterblattes* kontinuierlich zurück, sodass ab 1969 nur noch etwa vier Nummern pro Jahr erschienen.

1971 erreichte der Kampfbund-interne Konflikt dann einen Höhepunkt, als Holba, der in der Jugendarbeit stets auf die strengste Einhaltung der Konspiration gedrängt hatte, einen seiner jugendlichen Kontakte ohne lange Vorbereitung mit diversen internen Dingen vertraut machte. Schneider meint in seinem Bilanzpapier außerdem, dass die älteren Genoss/inn/en im Zuge einer Diskussion um die Weltlage den Differenzen verständnislos gegenübergestanden wären und Kritik als persönliche Angriffe gewertet hätten.⁸³

Ebenfalls 1971 kam man – neben anderen Gruppen – auch in Kontakt mit der *Gruppe Internationale* (GI), einem halben Dutzend Genoss/inn/en um Wilhelm Diefenbach und Marianne Fischer. Die Jungen im Kampfbund strebten schließlich eine Fusion mit dieser Gruppe an, die älteren Mitglieder standen dem skeptisch bis ablehnend gegenüber. In der Folge artikulierte Schneider im Herbst 1972 das Unbehagen der aktiveren Genoss/inn/en gegenüber der Organisationspraxis des Kampfbundes so: „Unsere Org drohte und droht meiner Meinung nach immer mehr in der Routine, in der Schablone zu erstarren. Die sektiererischen Tendenzen nehmen bei Teilen der Org immer greifbarere Formen an.“⁸⁴ Und drei Jahre später fügte Schneider hinzu:

„Neben unserer dahinvegetierenden Org entwickelten sich in Österr. Gruppen, die sich auf den Trotzismus berufen, ohne dass wir versuchten, sie ernstlich zu beeinflussen. Anstatt uns zumindest auf die theoretische Auseinandersetzung mit diesen Gruppen vorzubereiten, um dann bei einem einsetzenden Massenaufschwung um die Führung kämpfen zu können, begnügten wir uns leider allzu lange mit unserem organisationsinternen Kleinkram. Wir schmorteten im eigenen Fett, wie die GI später treffend sagte. Die ersten intensiveren Kontakte mit anderen Gruppen legten dann unsere Schwächen offen.“⁸⁵

⁷⁹ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

⁸⁰ ebd.

⁸¹ nicht verwandt mit Franz Pawelka

⁸² nach Aufzeichnungen von Günter Schneider

⁸³ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

⁸⁴ Günter (d.i. Günter Schneider): *Frage des „Bremsens“*, 16.10.1972

⁸⁵ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

Im weiteren Verlauf wurden die Differenzen zusehends mit persönlichen Konflikten vermischt. Nachdem sich Holba, der den Jungen kein positives Konzept mehr entgegensetzen konnte, bereits im Februar 1973 aus der Leitung und aus sonstigen Funktionen zurückgezogen hatte, traten im Sommer 1973 vier der verbliebenen älteren Genoss/inn/en aus dem Kampfbund aus, was nichts anderes als Spaltung bedeutete. Holba und die drei anderen ausgetretenen Genoss/inn/en bildeten eine lose und sehr klandestine Gruppe, die mit dem Verwandten Freys im Ausland sporadischen Kontakt hielt, weiterhin ihrer Gesinnung treu blieb, aber nicht mehr als politische Organisation in Erscheinung trat.

Diese Abspaltung, mit der auch Verluste an demoralisierten Kandidat/inn/en einhergingen, bedeutete für die verbliebenen Genoss/inn/en einerseits eine Schwächung:

„Die Org war durch die aufpeitschenden Diskussionen erschöpft, durch die Spaltung tief erschüttert. (...) Die vormalige Selbstüberschätzung unserer theoretischen Klarheit war infolge der Erschütterung unserer ehemaligen Standpunkte (durch die Konfrontation mit der Wirklichkeit und in der Diskussion mit anderen Gruppen) einer politischen Desorientierung gewichen. Das Erwachen in der rauen Wirklichkeit war bitter.“⁸⁶

Andererseits war aber nun der Weg frei für ernsthafte Fusionsgespräche mit der GI:

„Die wenigen aktiven Kräfte unserer Gruppe wurden immer mehr auf die Bedürfnisse der pol Diskussion mit der GI konzentriert (Fusionsperiode), in einigen Fragen konnten wir nach zähen Besprechungen theoretische Fortschritte erzielen (SP, KP, teilweise Volksdemokratien und Organisationsfrage). Die durch lange Jahre fest eingefressenen zentristischen Positionen einerseits, die theoretischen Schwächen unserer Gesprächspartner andererseits ließen in diesem Klärungsprozess nur langsame Fortschritte zu.“⁸⁷

Der Diskussionsprozess mit der GI, die sich später *Spartacus Wien* nannte, führte schließlich im Frühjahr 1976 mit zur Bildung der IKL.⁸⁸ Während dieser Fusionsgespräche zog Schneider Bilanz über den Kampfbund und fasste dabei dessen Schwächen in folgenden Punkten zusammen:

- „1. Lange Zeit wurde das Schulungsmaterial von Melt als fast ausschließliche Literatur verwendet. So nützlich dieses Werk bei zweckmäßigem Gebrauch auch sein mag, es ist kein Ersatz für rev. Literatur.
2. Unsere Org wartete immer auf den Aufschwung der Arbeiterklasse, nützte aber nicht genügend die Möglichkeiten, die sich im linken Studentenmilieu ergaben.
3. Unsere Org lauschte wie gebannt auf die österr Arbeiter, beschäftigte sich aber viel zu wenig mit den internationalen Arbeiterkämpfen (zB jetzt in Portugal). Viel zu wenig Studium der aktuellen Schriften der Arbeiterbewegung.
4. Ungenügendes Verhältnis zwischen Theorie und Praxis, zwischen der Kräfteaufteilung für Innenschulung und Aussenprop.
5. Zunehmende Abneigung in der Öffentlichkeit pol zu arbeiten. Die Kunst⁸⁹ diente als Vorwand für mangelnde Bereitschaft und wurde sehr weit übertrieben (Zusammenhang mit Fehleinschätzung der Weltlage). Der Marsch durch die Wüste⁹⁰ hatte dabei auch wesentlichen Einfluss.
6. Sehr starke Überschätzung der eigenen Klarheit. Unsere Org Praxis Ende der 60er Jahre war grundlegend so, als ob wir die richtige pol Linie gepachtet hätten. Soweit wir uns überhaupt mit der Politik anderer Gruppen befassten, begnügten wir uns fast aus-

⁸⁶ ebd.

⁸⁷ ebd.

⁸⁸ siehe unten

⁸⁹ „Kunst“ steht hier als Code-Wort für „Konspiration“.

⁹⁰ „Marsch durch die Wüste“ steht für „Illegalität“.

schließlich damit festzustellen, dass sie nicht unsere Terminologie verwenden (zB deformierte Arbeiterstaaten). Nur ausnahmsweise setzten wir uns mit ihrer Politik tiefgehender auseinander.

7. Textstellen wurden unkritisch und unhistorisch übernommen (Weltlage, Schlussphase des 2. Weltkrieges usw.)

8. Ungenügender Zugang zu rev Literatur (Zeitungen, Writings).

9. Nur stilles Beobachten ohne Diskussion mit anderen Gruppen oder einzelnen Gen anderer Gruppen. Dies entsprang einerseits unserem Kunstverständnis, andererseits unserem ursprünglichem, fast feindlichen Verhalten zu den sich herausbildenden ‚verwandten‘ Org.

10. In unserem Organ befassten wir uns unter Brunos Anleitung fast ausschließlich mit dem Verrat der SP, KP. Wir verwendeten damals fast stereotyp wiederkehrende Formulierungen.

11. Die Kursanten und Kandidaten wurden oft jahrelang von der Org ferngehalten. Bei anderen Gruppen sind Kandidaten Mitglieder ohne Stimmrecht.

12. Die Leitung war sehr lange von der Org isoliert (zT wegen mangelndem Interesse der übrigen Gen). Die Probleme in der Leitung wurden zu lange von der ganzen Org ferngehalten.

13. Die Bereitschaft und zum Teil auch die Fähigkeit, ernsthaft politisch zu arbeiten, hat bei einigen Gen erschreckend abgenommen.

14. Unserer Org fehlt es an einer gemeinsamen Perspektive Einschätzung der Lage, sowohl politisch als auch organisatorisch.“⁹¹

Diese Einschätzung bezieht sich zwar sicherlich im besonderen auf die letzten zehn Jahre der Existenz des Kampfbundes, ist aber nichtsdestotrotz in vielen Punkten für den Kampfbund generell äußerst treffend. In der Zeit von Ende der 1940er bis Ende der 1960er Jahre, in den Jahrzehnten des kapitalistischen Booms, des Wirtschaftswunders, des Kalten Krieges, des Antikommunismus‘ und der relativen Stabilität der stalinistischen Herrschaft, standen die Revolutionäre mit dem Rücken zur Wand – in Österreich aufgrund seiner spezifischen Lage zwischen den Blöcken, der Sozialpartner/innen/schaft, der Dominanz der Sozialdemokratie in der Arbeiter/innen/bewegung und des geringen Ausmaßes an Klassenkämpfen nach 1945 in besonderer Weise. Während die IKÖ in dieser katastrophalen Situation – um eine völlige Isolation zu vermeiden – auf eine Orientierung auf die sozialdemokratische Arbeiter/in-nen/bewegung setzte, sich dieser politisch anpasste und schließlich zu großen Teilen in ihr aufging, wählte der Kampfbund die sektiererische Abschottung von der real existierenden Arbeiter/innen/bewegung – um genau jene politische Anpassung zu verhindern. Was in diesem Fall das kleinere Übel darstellte und ob in dieser Zeit revolutionäre Politik überhaupt möglich war, ohne in eine der beiden Seiten abzugleiten, ist – auch oder gerade vom heutigen Standpunkt – schwer zu beantworten.

Bewertung des Kampfbundes (im Vergleich zur IKÖ)

In diesem abschließenden Kapitel soll es darum gehen, welche der beiden Strömungen bei der Spaltung 1947 und in den beiden darauf folgenden Jahrzehnten eher im Recht war.

Wenn man die politisch-programmatischen Positionen der Spaltung als entscheidende Kriterien betrachtet, dann spricht das ziemlich eindeutig für die IKÖ. Der politische Spaltungsgrund war die so genannte *Kombinierte Kriegstaktik* Freys, die – in Anlehnung an die Positionen Otto Bauers? – eine Art Opportunismus gegenüber dem Stalinismus und letztlich auch gegenüber dem demokratischen Imperialismus ausdrückte und gegen die die IKÖ den revolutionären Defätismus der 4. Internationale verteidigte.

⁹¹ Günter (d.i. Günter Schneider): *Zur Entwicklung unserer Organisation*, 31.8.1975

In späteren Fragen, zum Beispiel zur DDR 1953 oder zu Ungarn 1956, sah es ähnlich aus: Während sich der Kampfbund in seiner Propaganda in steriler und ultimativster Weise gegen die dortigen Bewegungen stellte, versuchte die IKÖ, an ihnen taktisch anzuknüpfen – mit aus meiner Sicht in der Grundlinie mehr oder weniger richtigen Positionen. Während die IKÖ richtig erkannte, dass in den späten 1940er in den osteuropäischen Ländern mit der Anpassung der ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen an die der Sowjetunion bürokratisch deformierte/degenerierte Arbeiter/innen/staaten entstanden waren, verschlossen Frey und der Kampfbund mit ihrer formelhaften „Orthodoxie“ die Augen vor der Realität. Die Anpassung der Führung der 4. Internationale an den Titoismus wurde von der IKÖ-Mehrheit und dem Kampfbund in ähnlicher Weise kritisiert.

Was das konkrete Agieren in der heimischen Arbeiter/innen/klasse und -bewegung betrifft, so spricht das ebenfalls eher für die IKÖ, vor allem dann, wenn man – wie beide Gruppen in diesen Jahrzehnten – von einer baldigen rasanten Zuspitzung der Krise des Kapitalismus und der Klassenkampfssituation ausgeht. Während sich der Kampfbund völlig abschottete, in seinem eigenen Saft schmorte und zu einer Intervention in reale Klassenkämpfe sowohl organisatorisch und mentalitätsmäßig als auch politisch wohl kaum in der Lage gewesen wäre, hat die IKÖ immerhin versucht, auf ein bestimmtes Milieu (sozialdemokratische Arbeiter/innen und Betriebsräte/-rätinnen) Einfluss zu nehmen. Sie konnte damit nicht nur einige kleinere Erfolge erzielen (zum Beispiel Interventionen beim Schuharbeiter/innen/streik 1948 oder bei der SP-Betriebsrätekonferenz 1954), sondern wäre bei einer tatsächlichen Radikalisierung der Arbeiter/innen/klasse wohl auch deutlich besser positioniert gewesen (nicht nur wegen der lange Zeit deutlich größeren Mitgliederanzahl im Vergleich zum Kampfbund). Dieser Versuch der Einflussnahme auf das sozialdemokratische proletarische Milieu war angesichts des boomenden Kapitalismus und der daraus resultierenden Hegemonie des Reformismus in der Arbeiter/innen/klasse letztendlich nicht von Erfolg gekrönt. Er war aber, auch wenn es unter dem Druck dieses Milieus zu manchen politischen Anpassungen und letztlich zum Aufgehen von großen Teilen der IKÖ darin führte, (unter der Prämisse einer Klassenkampfsuspension in jedem Fall) der sinnvollere Weg als die perspektivlose Sackgasse des Kampfbundes in die völlige Isolierung.

Aber hat nicht der Kampfbund als politische Strömung zumindest überlebt, während die IKÖ in den 1960er Jahren zerfallen ist? Ist es dem Kampfbund nicht wenigstens gelungen, bis Anfang der 1970er Jahre eine politische Kontinuität aufrechtzuerhalten und diese schließlich in der IKL fortzusetzen? Ich glaube, dass auch eine solche Argumentationslinie nicht haltbar ist: Erstens haben auch Teile der IKÖ-Mitgliedschaft weiterhin eine revolutionäre Tätigkeit weitergeführt – einerseits die Gruppe um die Zeitung *Arbeiterkampf* unter der Führung von Franz Modlik bis in die 1980er Jahre, andererseits einige Genoss/inn/en um Heinrich Thomas, der an der Gründung der GRM beteiligt war und der bis nach der Jahrtausendwende aktiv war. Zweitens und vor allem stellt die Überführung eines Teil der Kampfbund-Mitgliedschaft in die Mitte der 1970er Jahre gegründete IKL aber keine Fortsetzung der Tradition des Kampfbundes dar, sondern im Gegenteil einen Bruch mit dessen sterilen und anachronistischen Organisationsmethoden und in vielen Fragen auch mit dessen politischen Positionen. Erst dieser Bruch mit der Tradition des Kampfbundes, der unter der Führung Günter Schneiders und unter dem Einfluss der *Gruppe Internationale* stattfand, eröffnete für einen Teil der Mitgliedschaft des Kampfbundes eine neue politische Perspektive. Die Kampfbund-Mitglieder, die sich der Kritik und der neuen Linie Schneiders nicht anschlossen, die an der bisherigen Ausrichtung des Kampfbundes festhielten und in diesem Sinn die Tradition des Kampfbundes verkörperten, setzten den Weg ins politische Nichts fort. Insgesamt erscheint eine politisch-organisatorische Kontinuität vom Kampfbund zur IKL doch eher konstruiert.

Schließlich sei noch hinzugefügt, dass die Verantwortung für die fehlende Diskussion über die Differenzen im Vorfeld der Spaltung 1947 sicherlich bei den Frey-Anhänger/innen, oder ge-

nauer gesagt bei Frey selbst, lag. Während die IKÖ-Leitung auf eine Diskussion und Ausräumung der Meinungsverschiedenheiten drängte, verweigerten die Frey-Anhänger/innen jede politische Auseinandersetzung zu der Frage. Angesichts der Tatsache, dass sie sich ohne Frey zu schwach fühlten, um die Diskussion aufzunehmen, hätten sie wohl ein Diskussionsbulletin, das auch für Frey offen steht, oder ähnliches fordern müssen. Wenn man aber schon die Diskussion verweigerte und in blindem Glauben an Frey entsprechend seinen Anweisungen die Organisation verließ, ist es jedenfalls nicht gerechtfertigt, dann im Nachhinein auch noch die IKÖ für die fehlende Klärung der Differenzen verantwortlich zu machen.

Alles in allem sind wir also der Ansicht, dass die IKÖ mit ihrer Ausrichtung richtiger gelegen ist als der Kampfbund. Das heißt keineswegs, dass alle Positionen und Einschätzungen der IKÖ richtig waren, sehr wohl aber, dass unsere politischen Sympathien insgesamt eher der IKÖ gelten – genauer gesagt der IKÖ-Mehrheit, die lange (mit meines Erachtens tendenziell richtigen Positionen) dem *Entrismus sui generis* von Pablo und dem IS Widerstand entgegengesetzt hat. Die wesentlichste politisch-theoretische Schwäche des österreichischen Trotzismus, die er mit der 4. Internationale und großen Teilen der radikalen Linken teilte, dass er nämlich nicht zu einer richtigen Einschätzung der Substanz des Imperialismus und der Perspektiven des Klassenkampfes in der Lage war, konnte dabei weder die IKÖ (oder IKÖ/O) noch der Kampfbund überwinden.

Fest steht aber, dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes (ebenso wie die der IKÖ) unter oft schwierigsten Bedingungen unendlich viel Zeit, Energie und Engagement aufbrachten, um in Österreich eine revolutionäre Tradition aufrechtzuerhalten, um die Grundlagen für den Aufbau einer revolutionären Partei in späteren Klassenkämpfen zu schaffen. Fest steht, dass die Genoss/inn/en des Kampfbundes (ebenso wie die der IKÖ) trotz verschiedenster politischer Schwächen und Fehler überzeugte Revolutionäre waren, die den ganzen Respekt der heutigen Generation von Trotzist/inn/en verdienen.